

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Große Alsterstraße 35/37, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1,60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4089 a 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die vierspaltige Petitzeile oder deren Raum 15 Pfennige, für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfennige, auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Morgens in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 27

Sonnabend, den 1. Februar 1896

3. Jahrgang.

Dies ist eine Beilage.

Der Klassenstaat.

Sobald ernsthaft von sozialen Reformen die Rede ist, so lautet der ständige Einwurf, es seien keine Geldmittel da, um diese durchzuführen. Und wenn irgend eine geringfügige Maßregel zu Gunsten der Arbeiter durchgeführt wird, so jammern die Philister, als sei gleich der ganze Staatschatz ausgepumpt. Schon 1848, als man in Frankreich das betrügerische Experiment mit den Nationalwerkstätten unternahm, geberdeten sich die Besitzenden, als müßten sie Hab und Gut für die Arbeiter hergeben. Und doch kostete das ganze Experiment verhältnißmäßig sehr wenig.

Für seine Sonderinteressen aber scheut der Klassenstaat keine Ausgaben; das sieht man in diesem Moment in Spanien.

Dieses Land verarmt unter den Wirkungen einer jahrhundertelangen Ausfaugung durch die herrschenden Klassen, und wo es modern geworden ist, da ist an Stelle der feudalen Ausbeutung die industrielle getreten. Unter solchen Verhältnissen, wie sie in Spanien bestehen, müssen die Staatsfinanzen schwer leiden, denn die gänzlich verarmte Bevölkerung ist nicht steuerfähig genug, um die Kosten der Staatsverwaltung aufzubringen. Spanien steht finanzieller noch schlimmer als Italien.

Der spanische Staat hat großen Nutzen aus Cuba gezogen. Nunmehr befindet sich Cuba aber im Aufstande und es hat allen Anschein, daß die Insurgenten siegreich bleiben werden. Dann wird sich Cuba für unabhängig erklären und wird sich den Vereinigten Staaten von Amerika anschließen.

Wir können es den Cubanern nicht verdenken, wenn sie darnach streben, von der Alles korrumpirenden und ausfugenden spanischen Herrschaft loszukommen. Welch ein Recht haben die Spanier denn eigentlich auf dieses Land? Columbus hat die Insel entdeckt und Diego Velasquez hat sie einfach für Spanien in Besitz genommen. Da ist keine Spur eines Rechtitels oder irgend eines historischen Anspruchs vorhanden, womit man den Gewalttätigen zu beschönigen versuchen könnte; es liegt einfach ein Raub vor.

Spanien hatte kein Glück mit seinen Kolonien. Es zog Anfangs märchenhafte Massen von Edelmetall aus denselben; allein dies brachte ihm keinen Segen. Der Werth des Geldes sank und die Waarenpreise stiegen und es trat eine ökonomische Krisis ein, die nur langsam wieder schwand. Zu Anfang dieses Jahrhunderts rissen sich die Kolonien von dem fälschlich so genannten „Mutterlande“ los und machten sich frei mit Ausnahme von Cuba. Spanien hatte für diese Insel einen Generalkapitän mit unbeschränkten Vollmachten eingesetzt und sie wurde oft unerträglich mißhandelt. Wiederholt brachen Aufstände aus, bei denen die Spanier nur mit Mühe die Insel behaupteten.

Wenn Cuba verloren geht, so kommen die spanischen Finanzen in Verwirrung, denn sie vermögen in ihrer jetzigen Gestalt den Fortfall der cubanischen Einnahmen nicht wohl zu ertragen. Statt nun ein neues und gerechtes Besteuerungssystem anzubahnen, wollen die spanischen Staatsmänner Alles daran setzen, den cubanischen Aufstand niederzuwerfen. Zu diesem Zweck scheut der Klassenstaat keine Ausgaben; er würde, um Cuba in Abhängigkeit zu erhalten, das Geld mit vollen Händen zum Fenster hinausstreuen, wenn man es nur hätte.

Der Aufstand in Cuba kostet Spanien täglich eine Million und im spanischen Staatschatz scheint Ebbe zu herrschen. Es wird Geld gebraucht, man geht zu den großen Banken. Aber der spanische Staat hat nicht viel Kredit: Die Bankiers wollen nur einen Theil von dem hergeben, was verlangt wird, und das zu ganz besonderen Bedingungen. Und von einem solchen verfaulenden Staate sollen die Cubaner sich unterdrücken lassen? Jedenfalls wird in Cuba noch sehr viel Blut fließen und werden noch viele Millionen ausgegeben werden, um den Spaniern zu erhalten, was sie sich durch Jahrhunderte angemacht: Die Unterdrückung und Ausfaugung eines überseeischen Landes.

Die Natur des Klassenstaates tritt dabei so recht hervor.

Die spanischen Staatsmänner werden möglicherweise ihr Vaterland doppelt schädigen; sie werden Cuba

nicht behaupten können und werden zugleich Spanien in eine Schuldenlast hineinstürzen, die dieses finanziell schon sehr herabgebrachte Land völlig ruinieren muß.

Was konnte alles geschehen, wenn man nur einen Theil der Mittel, die zur Bekämpfung des cubanischen Aufstandes verwendet werden, zum Besten des spanischen Volkes selber verwenden wollte! Aber an so etwas denkt gar Niemand; das liegt zu sehr außerhalb der Gewohnheiten und Lebensauffassungen der Herren Staatsmänner.

Dem spanischen Volke fehlt so ziemlich Alles, was ein Kulturvolk fordern kann; es fehlt ihm die politische Bildung und Unterricht und die Regierung verwendet ihre letzten Mittel, ein Cuba zu behalten!

Vielleicht erklären sich die Mißerfolge der Spanier durch den Geldmangel. Auch der große Eisenkieser Martinez Campos kann eben nichts ausrichten, wenn er keine Gelder hat. Es ist leichter, mit dem Säbel gegen Journalisten zu rasseln, wie er gethan, als einen wohlorganisirten Aufstand niederzuwerfen.

In Spanien sind die herrschenden Klassen im Begriff, vollkommen abzuwirthschaften. Sie haben eines der schönsten Länder der Welt zu einer Stätte grauenvollen Elends für Millionen von Menschen gemacht, die das Unglück haben, ohne Reichthum, ohne Besitz überhaupt geboren worden zu sein: dieser Zustand wird auch dem Sozialismus in Spanien keine Wege bahnen, in dem Lande, das trotz so vieler Umwälzungen und Systemwechsel nicht nach vorwärts kommen und sich erheben kann von der Ausplünderung, die es so lange Zeiten hindurch hat leiden müssen und die sich von den Zeiten der Karthager und Römer über die Völkerwanderung bis in unsere Zeit hinein erstreckt.

Der Klassenstaat hat alle Umwälzungen gleichfalls überdauert, und wird Alles hübsch beim Alten lassen. Aber der Sozialismus wird auch bei dem mißhandelten spanischen Volke das Klassenbewußtsein erwecken und wird es zusammensühren zu dem großen Kampfe gegen die kapitalistische Ausbeutung, der in allen Ländern Europas begonnen hat.

Man sieht, wie der Klassenstaat immer mehr zum Anarchismus wird, wie es ihm nicht mehr möglich ist, die Verhältnisse zu beherrschen. Das ist heute in Spanien so und in Italien dazugleichen; andere Länder werden ihnen leider nachfolgen, wenn nicht zur rechten Zeit eine „Umkehr“ beginnen wird, die mit den Interessen des gesamten Volkes rechnet.

Für Spanien würde es am Besten sein, wenn seine Staatsmänner keine Gelder kriegen könnten, denn die neue Last wäre zu empfindlich. Leider wird die geplante Anleihe wahrscheinlich doch zu Stande kommen, denn die Spekulation und die Geldgier der Finanzwelt wird auch aus diesem Elend noch einen Gewinn herauszuschlagen wissen. Der gesunde Menschenverstand findet bei solchen Gelegenheiten gewöhnlich kein Gehör.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Aus dem Reichstage. Eine wichtige und interessante Sitzung hatte der Reichstag heute am Schwerinstage. Es that der Bedeutung der Verhandlungen keinen Abbruch, daß die Bänke des Hauses schlecht besetzt waren, und daß der Ministerrath von Beginn bis Ende der Sitzung leer blieb. Gründe innerer Natur hoben die heutigen Debatten aus dem Rahmen der alltäglichen Parlamentsarbeit heraus und werden sie wie einen Weckruf durch das Land gehen lassen. Das allgemeine Wahlrecht ist in Gefahr, Staatsstreichelgelüste wagen sich ungeschont in die Öffentlichkeit, und wissen die Reaktion fähig ist, das zeigen die Vorgänge in Sachsen. Da war es sehr an der Zeit, daß die deutsche Volksvertretung zu diesen Erscheinungen Stellung nahm, und das wurde heute gründlich besorgt. Zwei Anträge standen auf der Tagesordnung, die äußerlich nichts mit einander gemein haben, aber darin zusammen treffen, daß sie beide bestimmt sind, die Rechte des Volkes zu schützen und zu erweitern. Der Ricker'sche Antrag auf Sicherung des Wahlgeheimnisses und der Antrag unserer Fraktion, der freies Vereins- und Koalitionsrecht für Deutschland schaffen will. Der Ricker'sche Antrag ist ein recht alter Bekannter. Seit 6 Jahren beschäftigt er den Reichstag, seit 6 Jahren wird er von der Volksvertretung regelmäßig angenommen und von den verbündeten Regierungen

abgelehnt. Daß er auch diesmal dasselbe Schicksal erfahren wird, obwohl alle Parteien mit Ausnahme der Konservativen, von denen sich nur Herr v. Levetzow absonderte, für ihn stimmten, kann nicht zweifelhaft sein. Das Fernbleiben jedes Regierungsvertreters — mit einer Ausnahme — spricht eine zu deutliche Sprache. Und diese eine Schwalbe verhielt auch alles weniger, als einen freiheligen Regierungsjommer. Es war Herr von Hohenthal, der sächsische Gesandte in Berlin, der als einzige dorische Säule — kurz und dick — am Tische des Bundesraths stand. Er hatte auch allen Grund, den Verhandlungen aufmerksam zu folgen, denn die unerhörte Verkümmern des Landtagewahlrechts, die die sächsischen Konservativen und Nationalliberalen im Verein mit der Regierung planen, stand im Mittelpunkt der Debatte. Gen. Bloß, der Namens der Fraktion eine zustimmende Erklärung zum Ricker'schen Antrag abgab, hatte das Thema zunächst berührt, dann war der Zentrums-Abgeordnete Gröber weiter darauf eingegangen und hatte das Vorgehen der sächsischen Staatsreiter als unklug und thöricht verworfen. Als Dritter war Genosse Schönlanke der der sächsischen Reaktion scharf zu Leibe gegangen, und nun erst sah sich Graf Hohenthal zu einer kurzen Erwiderung veranlaßt. Er machte sich dabei die Sache denn doch etwas zu leicht. Um nun jeder weiteren unangenehmen Erörterung aus dem Wege zu geben, erklärte er freischwig, er wisse überhaupt nicht, ob die Regierung den Plan habe, das Wahlrecht zu ändern. Diese bedenklich an den sprichwörtlichen Herrn Haase, der von nichts weiß, erinnernde Antwort rief die schallende Heiterkeit der ganzen Linken hervor, und Genosse Dr. Schönlanke konnte konstataren, daß der sächsische Gesandte in Berlin in diesem Falle nicht zu wissen scheine, was in Dresden vor sich gehe. — Außer den Plänen der sächsischen Ordnungsmänner wurde die Stellung der Konservativen zu dem allgemeinen Wahlrecht ausgiebig erörtert. Herr v. Stumm hat heute sehr bescheiden auf. Er wagte es nicht, seinen berühmten Vorschlag aus der Umsturzdebatte zu wiederholen und die Aberkennung des aktiven und passiven Wahlrechtes für alle Sozialdemokraten zu verlangen. Nur zum Schluß deutete er schüchtern an, daß er die offene Stimmabgabe für das „moralischere“ halte. Diese Moral ist bei Herrn v. Stumm immer selbstverständlich. Herr v. Limburg-Sturum konnte seinen Groll gegen das geltende Reichswahlrecht nur schlecht verschleiern. Wer soll ihm glauben, daß er für das allgemeine gleiche Wahlrecht schwärmt, so oft er auch seine Gegnerschaft leugnet. Und die wundersame Konstruktion, mit der er heute an die Öffentlichkeit trat, ist auch nicht geeignet, ihn von diesem dringenden Verdachte zu reinigen. Der Herr Graf hat nämlich entdeckt, daß das Reichswahlrecht einen Ausgleich bedeute für das preussische Dreiklassen-Wahlrecht. Werde das letztere vorwärts revidirt, so müsse das Reichswahlrecht rückwärts revidirt werden. Und zu diesem Fortschritt ist er natürlich bereit. Zum Glück hat das Reichswahlrecht verlässlichere Freunde, als die Herren Konservativen. Seine Sicherung liegt in der Wachsamkeit des Volkes und zu dieser Wachsamkeit wieder einmal angeregt und aufgefordert zu haben, darin liegt die Bedeutung der Debatte über den Ricker'schen Antrag. Und darin liegt auch die Bedeutung unseres Entwurfes eines einheitlichen Vereinsrechtes für Deutschland. Auer begründete ihn in einer ausgezeichneten, anderthalbstündigen Rede, die mit seinen besten oratorischen Leistungen auf gleicher Höhe stand. Sie hier zu zerlegen ist nicht der Ort, ihre eingehende Lektüre kann nur dringend empfohlen werden. Auf den Inhalt des Entwurfes wird nächsten Mittwoch eingegangen werden.

Das preussische Abgeordnetenhaus beendete am Mittwoch zunächst die zweite Lesung des Etats des Ministeriums des Innern. Infolge einer Beschwerde des Zentrumsabg. Brandenburg über Bevorzugung der evangelischen Staatsbürger vor den katholischen in der Besetzung von Beamtenstellen kam es zu einer Kusturkampfdebatte, die, wie alle diese Debatten bei solcher Gelegenheit, im Sande verlief. Die sodann vorgenommene Berathung des Etats des landwirtschaftlichen Ministeriums benutzten die Agrarier, um an den Landwirtschaftsminister durch den Mund des Abg. v. Heydenbrandt die Frage zu richten, was die Regierung nach Ablehnung des Antrages Kanitz zur Hebung der Noth der Landwirtschaft zu thun gedenke. Da aber der Minister nicht sofort antwortete, erhob sich ein anderer Agrarier, der Zentrumsabg. Graf Strackwitz, und

nach diesem der Konservative v. Buttamer-Plauth, um Herrn v. Heydebrandt zu sekundieren. Erst als ihm von agrarischer Seite versichert wurde, daß kein Angriff auf ihn geplant sei, fühlte sich der Minister geneigt, eine längere Rede zu halten, in der er die Noth der Landwirtschaft anerkannte und versprach, Alles zu thun, um bessere Zustände herbeizuführen; aber mit dem Antrag kam es nicht zum Ausdrücken. Der Ton, in dem diese Rede und die Reden der Agrarier gehalten waren, läßt auf eine Ausöhnung zwischen beiden Kämpfen schließen. Die Linke erhielt bei dieser Gelegenheit eine scharfe Abfuhr vom Minister. — Gestern stand die erste Lesung des Vorschlags zum Verbot der Verführung des Lehrlingsgesetzes auf der Tagesordnung.

Die übertrieben zahlreichen Majestätsbeleidigungsprozesse finden nicht bloß im deutschen Volke und in der deutschen Presse, sondern auch in Juristenkreisen lebhaften Widerspruch. So schreibt der Rechtsanwalt Staub, der Verfasser des bekannten Kommentars zum Handelsgesetzbuch, in der deutschen „Juristenzeitung“:

„In der Rechtsprechung nehmen die Majestätsbeleidigungsprozesse in Besorquik erregender Weise überhand. Selbst der preussische Justizminister hat diese Thatsache zugegeben und besonders die Verfolgung so vieler „unüberlegter Majestätsbeleidigungen“ bedauert. Ein solcher Zustand giebt zu denken, und es erscheint durchaus erwägenswerth, wenn von mancher Seite angeregt wird, die Verfolgung der Majestätsbeleidigung von der Ermächtigung etwa des Justizministers oder des Reichskanzlers abhängig zu machen. Warum soll dem Träger der Krone versagt sein, was kein Privatmann missen möchte: die Freiheit, selbst zu erwägen, ob eine Äußerung im Stande ist, seine Ehre zu verletzen, und selbst zu bestimmen, ob der Beleidiger verfolgt werden soll oder nicht? Würde es auch der Würde des Staatsoberhauptes nicht entsprechen, ihm persönliche Antragsstellung zuzumuthen, so würde doch die Einholung einer Ermächtigung bei seinem ersten Berather ein empfehlenswerther Ausweg sein.“

Wir können diesem Antrage unter gewissen Bedingungen zustimmen. Da durch den Antrag unserer Fraktion der Majestätsbeleidigungsparagraph zur Diskussion gestellt ist, so entschließt man sich vielleicht, falls unser Antrag auf gänzliche Aufhebung des Paragraphen keine Mehrheit finden sollte, zu einer Aenderung der bestehenden Gesetzgebung auf Grund des Staub'schen Vorschlages, der zwischen der Verbeibehaltung des bisherigen unhaltbaren Zustandes und der völligen Abschaffung der Paragraphen einen einigermaßen gangbaren Mittelweg einschlägt.

Belgien.

Die sozialistische Bewegung im Heere hat den Kriegsminister veranlaßt, an die Regiments-Kommandanten Befehle zu lassen.

Deutscher Reichstag.

(Original-Bericht des „Lübecker Volksboten“.)

Berlin, 30. Januar.

27. Sitzung.

Am Bundesrathstische: von Büttcher.

Präsident v. Buol eröffnet die Sitzung um 1 Uhr.

Die zweite Beratung des Etats des Reichsamts des Innern wird bei dem Kapitel „Behörden für die Untersuchung von See-Unfällen“ fortgesetzt.

Meyer (SD.): Ich muß auch in diesem Jahre die Anfrage an die Regierung richten, wie es eigentlich mit der allseitig als notwendig erkannten Aenderung der Seemannsordnung steht. Herr v. Büttcher hat im vorigen Jahre erklärt, daß eine Novelle zur Seemannsordnung ausgearbeitet sei, welche der technischen Kommission zur Begutachtung übergeben sei. Bis heute hat man aber davon nichts mehr gehört, abgesehen von einem Gerücht, das in den letzten Tagen in Hamburg in Umlauf war. Es sollen neben einigen Rhedern auch einige Seeleute nach Berlin zur Technischen Kommission berufen sein. Man nimmt an, daß die Rheder mit der Auswahl der Leute beauftragt worden sind. Es sollen Leute ausgewählt sein, die nicht einmal die Achtung, geschweige denn das Vertrauen ihrer Berufsgenossen genießen. Die Mißbilligung über dieses Gerücht ist in Seemannskreisen eine ganz bedeutende. Wenn ich nun heute wieder auf die Nothwendigkeit einer Aenderung der Seemannsordnung hinweise, so möchte ich bitten, dabei gleichzeitig das Gesetz, betr. die Untersuchung von Seemanns-Unfällen, einer näheren Prüfung zu unterwerfen. Dieses 25 Jahre alte Gesetz reicht nach Ansicht der Seeleute nicht aus, die Befugnisse der untersuchenden Seemannsämter müssen erweitert werden. Eine Untersuchung kann jetzt nur eintreten, wenn ein Menschenleben zu beklagen oder ein Schiff verloren gegangen ist und auch nur, wenn die Untersuchung vom Reichsamte veranlaßt worden ist. Die Seemannsämter sind beschränkt in ihrem Urtheil und können dem Schiff und dem Steuermann höchstens das Patent aberkennen. Das ist nach Ansicht der praktischen Seeleute nicht genügend. Den Seemannsämtern sollten weitergehende Strafbefugnisse eingeräumt werden. Wer will uns denn noch weis machen, daß die Rheder aus einem besseren Holze geschnitten sind als die anderen Unternehmer? Im Gegentheil das Einfließen der Chinesen und der Schwarzen aus Afrika beweist, daß sie die Arbeitskräfte so billig wie möglich nehmen. Die Schiffsunfälle sind in ihrer Mehrzahl auf übermäßige Ausbeutung der Arbeitskraft zurückzuführen. Es giebt Rheder, die eine Ausnahme machen. Von der Firma Zebien sprechen z. B. auch die Seeleute nur mit Anerkennung. Aber bei den meisten Kollegen des Herrn Zebien sieht es anders aus. Die Vorrichtungen zur Verhütung von Schiffsunfällen sind ungenügend, unterliegen namentlich seiner genügenden Kontrolle. Die Laternen der Segelschiffe konnten von der Behörde nur zum kleinsten Theile geprüft werden. Eine Privatkontrolle genügt eben nicht. Die Bemannung der Schiffe läßt häufig viel zu wünschen übrig. Die seemannsrechtlich erprobte Besatzung des „Fürsten Bismarck“ von der Hamburg-Amerikanischen Gesellschaft bestand z. B. nur aus einem Kapitän, 5 Offizieren, 2 Baggermeister, 16 Matrosen und 6 Schiffsjungen bei einer Gesamtbesatzung von 295 Mann. Die Uebrigen sind keine geprüften Seeleute. Die Aufstellung und Ablösung der Posten ist durchaus ungenügend organisiert. Was nützt bei einem Unfall ein Mann im Boot, der nicht zu rudern versteht? Beim Unfall der „Elbe“ haben die Rettungsboote nicht funktioniert. In dieser Beziehung ist man aber nicht nur beim Nordd. Lloyd kieberlich, sondern auch bei anderen Gesellschaften, wenn lange kein Unfall passiert ist! Auf dem Lloyd-Dampfer „Stettin“ wurden kürzlich die Boote im Gegenwart des Reichskommissars geprüft. Man fand kein Brod

darin. Das wurde vom Reichskommissar scharf gerügt, man hat sich aber nicht daran gehalten, das Schiff ging so in See, völlig unbrauchbar im Falle der Noth. Solche Dinge beweisen eben, daß eine Privatkontrolle nichts nützt. (Sehr richtig!) Bei den Sozialdemokraten.) Was in Bezug auf den Proviant gekündigt wird, ist geradezu ungeheuerlich und eine Reihe von seemannlichen Entscheidungen rügen das auch. Der Storbild entsteht hauptsächlich in Folge schlechter Ernährung der Mannschaft. Es kommt dabei zur seemannlichen Entscheidung nur, wenn der Tod eines Mannes erfolgt ist. Sonst erfährt man nichts davon. Viele Krankheiten sind auch zurückzuführen auf die ungenügenden Wasch- und Reinigungs-Vorrichtungen auf den Schiffen. Vielleicht haben sich die Herren bei der Anstalt einmal diese Einrichtungen angesehen. Sie bestehen oft nur in einem kleinen Faß, in dem sich die gesamte Mannschaft waschen muß. Wir werden mit unserem Antrage auf Aenderung der Seemannsordnung so lange kommen, bis sich die Reichsregierung entschließt, eine dementsprechende Vorlage zu machen. Ich empfehle Ihnen, sich mit einer solchen Vorlage zu befassen, damit die Seeleute endlich sehen, daß sie nicht mehr die Stiefkinder der Sozialreform sind, daß der viel gepriesene Arbeiterschutz auch ihnen zu Theil wird, die in einem verantwortungsvollen und gefährlichen Beruf ihr Leben für die Dividenden der Rhedereibesitzer wagen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär von Büttcher: Wir wünschen die Sozialreform auch auf die Seeleute auszudehnen. Eine Korrektur der Seemannsordnung ist im Bundesrath ausgearbeitet; sie liegt der Technischen Kommission für Seeschiffahrt vor. Nächsten Monat wird die zweite Beratung vorgenommen werden unter Einziehung von praktischen Seeleuten, die nicht von den Rhedern, sondern von den Regierungen ausgewählt worden sind. Die Seemannsämter sind nicht mit streifenartigen Befugnissen ausgestattet, weil das Sache der ordentlichen Gerichte ist. Die Regierung hält daran fest, daß von Seemannen als höchste Strafe nur die Patent-Einziehung ausgesprochen werden darf. Was die vom Vorredner gewünschte Reichskontrolle über die gesamte Seeschiffahrt betrifft, so kümmert sich ja das Reich schon um viele Dinge der Seeschiffahrt. Wir haben dazu das Ober-Seeamt, wir haben eine Kontrolle für das Auswandererwesen. Es fehlt uns eigentlich nur noch eine Kontrolle über den Schiffsbau. Seit dem vorigen Jahre ist die Regierung bemüht, im Verein mit dem Germanischen Lloyd und der Seebereitschaft die Frage zu untersuchen, ob die jetzige Kontrolle mit einiger Verthärkung genügt. Den Fall, den der Vorredner angeführt, werde ich untersuchen. Ich werde den Reichskommissar anweisen, daß er auch für Ausführung seiner Anordnungen Sorge tragen soll. Die Vorwürfe, die der Vorredner gegen die beiden großen Schiffahrtsinstitute, den Nordd. Lloyd und die Hamburg-Amerikanische Packetfahrt gerichtet hat, sind unberechtigt. Ich habe mich erst bei der Anstalt für überzeugt, wie tüchtig die Leitung dieser Institute ist, wie sachgemäß auf den Schiffen die Anordnungen sind. Vertrauen Sie doch nicht so leicht den Angaben irgend eines Anonymus, prüfen Sie selbst und Sie werden zu meiner Ansicht kommen.

Zebien (RD.): Die Antwort des Herrn Staatssekretärs überhebt mich weiterer Ausführungen. Es ist nicht schwer, solche Einzelfälle anzuführen. Es passiert überall einmal etwas. Im Allgemeinen sind die Rheder Verbesserungen zugänglich. Unsere Werften bauen solche, dafür bürgen schon die strengen Vorschriften der Behörden. Unsere Schiffe stehen daher auch im Auslande im gutem Rufe. Daß die Mannschaft durchweg aus geprüften Seeleuten bestehen soll, ist nirgends vorgeschrieben; jedenfalls stehen unsere deutschen Rhedereien in dieser Beziehung den ausländischen durchaus nicht nach.

Freie (Fg.): Im vorigen Frühjahr haben der Kollege Venzmann und ich gemeldet zwei Schiffe des Nordd. Lloyd, die „Gus“ und die „Dadel“ in Bremerhaven inspiziert und Alles in bester Ordnung gefunden. Unter der Mannschaft hatte miltärische Disziplin geherrscht. In wenigen Minuten sind die Rettungsboote klar gemacht worden. Die Schotten sind sehr schnell geschlossen worden; überall hat große Reinlichkeit geherrscht. Die Hülfen der seemannlich vorgebildeten Mannschaft ist auf den Schiffen des Lloyd durchweg höher, als Meßger für den „Fürsten Bismarck“ angegeben habe. Der Proviant für die Auswandererschiffe wird sorgfältig vorher geprüft; das thut der Reichskommissar. Man braucht da wirklich nicht nach weiterer Polizeikontrolle zu rufen. In der Vervollkommnung der Sicherheitsmaßregeln gehen die Rheder im eigenen Interesse so rasch als möglich vor. Die staatlichen Eisenbahnverwaltungen sorgen viel langsamer für Verbesserungen; noch immer brennt in den Waggons das bei Zusammenstoßen so gefährliche Leuchtgas, während auf den Schiffen des „Nordd. Lloyd“ und der „Hamburg-Amerika-Linie“ überall das elektrische Licht vorhanden ist. Nebenher regt zum Schluß die Errectung von Leuchttürmen auf der südlichen Küste des Nordsee Meeres an.

Herr v. Stumm (RD.): Kögen die Beschwerden des Abgeordneten Meyer auch übertrieben sein, auf die Dauer wird sich eine härtere staatliche Kontrolle der Rhedereien nicht vermeiden lassen.

Bebel (SD.): Die Ausführungen meines Kollegen Meßger sind von seiner Seite widerlegt worden. Der Abg. Freie hat den Einrichtungen des „Norddeutschen Lloyd“ ein wahres Loblied gesungen. Schade nur, daß dieses Loblied in schroffem Widerspruch zu den amtlichen Feststellungen steht, die gelegentlich des Untergangs der „Elbe“ erfolgt sind. Auch ist er unmittelbar nach dem Verluht der „Elbe“ und den Reichstagsdebatten hierüber nach Bremerhaven gegangen. Da hätte ich ihn gleich voransagen können, daß er alles in schönster Ordnung antreffen werde. Am 14. Februar vorigen Jahres verlas ich das Telegramm, das mir aus Bremerhaven zugeht und worin mitgeteilt wird, daß der Lloyd sofort nach dem Bekanntwerden des Unglückes der „Elbe“ alle das veranlaßt habe, was vorher schwer vernachlässigt war, Uebungen, die regelmäßig stattfinden sollten, aber vorher niemals stattgefunden haben. Und diese Vernachlässigung trägt Mißthun an dem Untergang fast sämtlicher Passagiere der „Elbe“. Ich konstatire, daß alle Angaben des Telegramms sich bestätigen haben. Ich stand nicht an, dem Staatssekretär von Büttcher privatim den Namen meines Gewährsmannes auf sein Verlangen zu nennen. Es war der Vorsitzende der Organisation der Feuerleute, der selber vier Jahre lang als Heizer gefahren ist. Und was war der Dank? Da er Deisterreicher ist, wurde er wenige Monate später als lästiger Ausländer vom Bremer Senat ausgewiesen. (Hört! hört! links.) Er scheint sich durch sein Telegramm an mich „lästlich“ gemacht zu haben, denn vorher war er völlig unbefähigt geblieben. Die Ausweisung war die Strafe für seine wahrheitsgetreuen Mittheilungen. Das wird Veranlassung sein, mit der Nennung der Namen unserer Vertrauensleute künftig vorsichtig umzugehen. (Sehr wahr links.) Die Ausweisung ist ja gewiß nicht Schuld des Staatssekretärs. In Bremen fallen aber offenbar die Lloydinteressen mit den Staatsinteressen zusammen. Der Lloyd ist der Staat. (Sehr wahr! bei den Soziald.) Der Staatssekretär hat es für nöthig gefunden, uns zu rathen, nicht auf anonyme Mittheilungen hin Anklagen zu erheben. Das thun wir durchaus nicht. Unsere Mittheilungen stammen sämtlich von Leuten, die das Seewesen aus dem Innern kennen, und die auch bereit sind, für die Wahrheit und Richtigkeit ihrer Angaben einzustehen. Nach dem Urtheil des Seemanns über den Untergang der „Elbe“ steht fest, daß von zehn Rettungsbooten nur drei in's Wasser gebracht worden sind, obgleich vom Augenblick des Zusammenstoßes mit der „Crathie“ bis zum Untergang mindestens eine halbe Stunde vergangen ist. Mit den Booten auf der Backbordseite, wohin Frauen und Kinder kommandirt wurden, ist gar nicht erst der Versuch gemacht worden, sie in's Wasser zu bringen. Ein geretteter Passagier sagt aus, daß die Passagiere der zweiten Kajüte nach der Katastrophe nicht geweckt worden seien, daß die Schiffsmannschaft

nicht am Plage war und daß deshalb die Mehrzahl der Boote hängen geblieben sei. Das Material, aus dem die „Elbe“ bestand, war das denkbar beste, nur die Manöver mit den Booten dauerten zu lange, die Mannschaft war nicht eingerichtert darauf und deshalb gingen so viele Menschenleben verloren. Die Hauptschuld an dem Unglück trifft natürlich die „Crathie“, die nur 7 Personen Besatzung hatte. Aber auch auf deutschen Schiffen ist die Mannschaft häufig ungenügend. Auch die Strafen sind durchaus ungenügend, die die Offiziere und Steuerleute bei Versehen, wie sie der Steuermann der „Crathie“ begangen, treffen. Das Schlimmste, was ihnen geschehen kann, daß sie ihr Patent verlieren. Auch der wachhabende Offizier auf der „Elbe“, der mit untergegangen ist, scheint seine Pflicht nicht gehörig erfüllt zu haben. Es ist unbegreiflich, weshalb er, als die Lichter der „Crathie“ auslachten, nicht sofort die Dampfpeife ertönen ließ, um Mannschaft und Passagiere zu wecken und vielleicht noch das entgegenkommende Schiff aufmerksam zu machen. Der Reichskommissar, der die Verhandlungen wegen des Unterganges der „Elbe“ unparteiisch geleitet hat, ist auch zu der Ueberzeugung gelangt, daß allerlei auf der „Elbe“ verkehrt worden ist, besonders beim Ausschwenken der Boote. Ebenso bezeugt es das Urtheil als wünschenswerth, daß die Mannschaft der transatlantischen Passagierdampfer regelmäßig Uebungen im Ausschwenken der Boote u. s. w. vorzunehmen soll. Auch die Besatzung reicht häufig auf den Dampfern nicht aus, um bei solchen Unglücksfällen die Rettungsboote gehörig zu bemannen. Auf der „Elbe“ kamen auf jedes Rettungsboot 17 Mann Besatzung. Offenbar fehlt es aber an Aemtern, welchen Platz jeder Mann einzunehmen habe, der Einzelne wußte nicht, was er zu thun hatte. Dazu tritt die Frage, wie viel Leute unter der Besatzung wirklich seetüchtig waren. Meßger hat uns von einem neuerbauten Frachtdampfer, der aber auch als Auswandererschiff dienen kann, erzählt, daß sich unter der aus 92 Mann bestehenden Mannschaft nur 8 wirklich seetüchtige Personen befänden. Wie soll diese geringe Zahl 16 Rettungsboote bedienen, die vorhanden sind, um eventuell 1500 Personen zu retten? Da ist es wirklich an der Zeit, etwas zu thun, und ich binne hier einmal mit Herrn v. Stumm ganz überein, der gesagt hat, wenn jede Kreisgröße staatlich überwacht werde, müßte auch eine staatliche Kontrolle der Seeschiffahrt stattfinden. Die Unfallinspektoren, die wir heute haben, genügen nicht, sie werden gerade um die Fälle herumgehen, wo den Rhedern Unsaaben entstehen. Gewiß sind an der tüchtigen Ausrüstung und Herstellung der Schiffe die Rheder selber interessiert, auch schon deshalb, weil es an ihr eigenes theures Leben geht, wenn sie sich auf ein untaugliches Schiff begeben. Das ist auch unsere einzige Hoffnung, daß es zu einer staatlichen Inspektion und Kontrolle der Schiffe kommen wird. Ich bin überzeugt, müßten die Herren von der Regierung so häufig Seeschiffe benutzen, wie sie die Eisenbahn benutzen, es wäre schon längst etwas geschehen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn das eigene Leben im Gefahr kommt, entdeckt man Manches, was man vorher nicht gesehen hat. Jedenfalls ist noch ungeheuer viel auf diesem Gebiete zu thun. Es ist für die Seeleute der verschiedenen Nationen feststehende Thatsache, daß insbesondere die großen Schnelldampfer des „Lloyd“ mit besonderer Rücksichtslosigkeit fahren und entgegenkommenden Segelschiffen nicht ausweichen. Der Kapitän soll in bestimmter, möglichst kurzer Zeit die Reise vollenden. Er ist in Folge der Ueberproduktion von Kräften, der Konkurrenz unter den Kapitänen nicht in unabhängiger Stellung, sondern muß thun, was die Rheder wollen, er darf bei Gefahr, seine Stelle zu verlieren, nicht wagen, Ausstellungen zu machen. Die Regierung müge sich nur einmal bei den Norddeutschen Schiffen erkundigen, oder die Protokolle des board of trade nachlesen, um festzustellen, wie häufig die Schiffe des Lloyd durch außerordentlich rasche Fahrt anderen Schiffen Gefahr bringen. Das treibende Motiv ist der Profit. Die Dampfer sollen ihre Reize möglichst rasch beendigen, um möglichst viel Fahrten machen zu können. Ja, die Kapitäne werden sogar durch Belohnungen angelockt, möglichst rasch zu fahren. — Meßger hat weiter auf die zunehmende Verwendung von Negern und Chinesen auf den Dampfern hingewiesen. Auch diese Klage ist nicht widerlegt worden. Ebenso steht es mit den Mißhandlungen der Kohlenheizer. Kein Monat vergeht, wo nicht von den Seemannen solche Fälle zur Sprache kommen. Arme Leute, die nicht das Geld zur Ueberfahrt nach oder von Amerika haben, verdingen sich auf deutschen Dampfern als Kohlenheizer. Bei ungenügender Leistung werden sie scharflich mißhandelt. Sie sind meistens zu schwach für den schweren Dienst und die Arbeitszeit ist zu lang. Es müßte Vorsehung getroffen werden, daß die neuesten technischen Vorrichtungen zur Verhütung der Kesselvorschrift würden. Die Zahl der Heizer muß so groß sein, daß sie häufiger abgelöst werden können; Namentlich müßten nur kräftige Leute verwendet werden, nicht Krüppel und Blethi, nicht Jeder, der sich meldet, ganz gleichgültig, ob er seine Pflicht erfüllen kann. Die große Mehrzahl der Leute auf den Schiffen ist unbrauchbar für den Dienst. Bei tüchtigen Seeleuten besteht in der That schon ein Vorurtheil dagegen, auf Dampfern zu fahren, weil das eines richtigen Seemanns unwürdig sei und sie sich im Falle der Gefahr auf die unbrauchbaren Elemente nicht verlassen könnten, die dort in der Regel verwendet werden. — Der Minister von Büttcher hat geäußert, daß bei der bevorstehenden Revision der Seemannsordnung auch Seeleute herangezogen werden sollen. Es kommt aber dabei sehr auf die Auswahl an. Herr von Büttcher wird sich natürlich an die Regierungen wenden, die Regierungen kennen die Arbeiter aber auch nicht, sondern wenden sich an die Rheder, und die Bezeichner ihnen Leute, die ihnen passen, gefällige abhängige Leute, die sich nicht frei auszusprechen wagen. Diese Art der Vertretung ist für die Arbeiter völlig werthlos. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Arbeiterorganisationen müssen ebenso anerkannt werden, wie die Unternehmerorganisationen. An sie hat man sich zu wenden, sie stellen gewissenhafte, zuverlässige Leute. Im anderen Falle ist die Arbeitervertretung nichts als eine große Komödie. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die wirklichen Arbeiter werden gar nicht gehört. Diejenige Zustände muß ein Ende gemacht werden, und wir werden so lange darauf dringen, bis dieser Grundlag die Anerkennung der Behörden gefunden hat. (Bravo! b. d. Sozialdemokraten.)

Minister von Büttcher: Ich erkenne zwar die Objektivität des Vorredners an, muß aber bezweifeln, daß er in Allem, was er vorgebracht, genügend unterrichtet ist, um zu den Schlußfolgerungen zu kommen, die er vorgebracht hat. Das Urtheil des Seemanns hat festgestellt, daß die Schuld an dem Untergang der „Elbe“ weder der Bauart des Schiffes, noch seiner Leistung, noch seiner Bemannung zuzuschreiben ist, sondern dem Umstande, daß sich mit großer Schnelligkeit zwei Schotten vollkommen mit Wasser angefüllt hatten. Die Boote konnten von der hochstehenden Seite des Schiffes nicht mehr herabgelassen werden, weil es sich auf die andere Seite gelegt hatte. Die Passagiere sind sämtlich geweckt worden, das steht nach der Aussage des einen geretteten Steward fest, die Mannschaft hat voll ihre Schuldigkeit gethan. Unter ihr befand sich eine verhältnißmäßig hohe Zahl geprüfter Seeleute. Bebel hat sich über die Ausweisung seines Gewährsmannes Steiner aus Bremer Gebiet beschwert. Ich kann ihm versichern, daß ich von dieser Ausweisung nichts erfahren habe, bis sie perfekt geworden ist. Der „Norddeutsche Lloyd“ hat auf die Ausweisung keinerlei Einfluß geübt. Sie ist lediglich eine Folge der scharfsten Handhabung der Vereinspolizei durch den neuen Leiter der Bremer Polizei. Uns lag an der Ausweisung nichts. (Weiterkeit.) Wir können unseren Bedarf an sozialdemokratischen Agitatoren im Inlande decken. (Weiterkeit.) Mit dem Unfall der „Elbe“ hat das jedenfalls gar nichts zu thun. Daß in unserem Seewesen Manches reformbedürftig ist, muß ich anerkennen. Die Frage der internationalen Regelung der Fahrgewindigkeit der Seeschiffe ist schon auf der Konferenz zu Washington erwogen worden. Es hat sich aber herausgestellt, daß der Regelung große Schwierigkeiten entgegenstehen. Einmal kann man

icht jedem Schiff einen Kontroleur mitgeben, dann aber ist doch die Banart und Geschäftigkeit der Schiffe so verschieden, daß schon deshalb eine einheitliche Regelung ausgeschlossen erscheint. Was die Kostenzieher betrifft, so thun wir, was wir nur können, zur Befriedigung der Mißstände. Erstensicherweise haben sich auch die her zu zahlenden Selbstmorde der Kohlenzieher wesentlich verringert. Der Grund der Uebelstände liegt darin, daß ungeeignete, verlickt herabgekommene Personen zu diesem schweren Dienst angenommen werden. Wir streben dahin, daß künftig nur fürberichtig gnete Leute engagiert werden, und der „Norddeutsche Lloyd“ die zu Engagierenden schon jetzt ärztlich untersuchen. Mißhandlungen der Kohlenzieher sind vorgekommen, sie werden aber unmissichtlich bestraft. Freilich haben sich die meisten eingegangenen Demunziationen als ungeeignet zur Einleitung eines Verfahrens erwiesen. In der Unterweisung der Schiffsanwärter geschieht nach Angabe der Reichskommissare Alles. Ich versichere es, daß der Vorredner aus dem Unfall der „Elbe“ den Schluß zieht, daß Vieles anders werden muß. Aber ich glaube, breit getreten ist der Unfall nun genug, lassen Sie ihn jetzt ruhen. (Beifall rechts.)

Lenzmann (F.W.): Herr Freie hat mich als Zeugen vorgebracht und ich kann ihm nur Alles, was er gesagt hat, bekräftigen. Wir haben Schiffe besucht, die sich nicht vorbereiten konnten, am Sonntag Nachmittag. Wir haben u. A. gefunden, daß sich die schweren Schotten in drei bis fünf Sekunden schließen ließen. Ich kann natürlich nicht untersuchen, was auf der „Elbe“ für Mißstände gewesen sind. Ich kann nur darüber berichten, was ich mit eigenem Auge gesehen habe und das ist mir werthvoller, als was sich Herr Bebel von anonymen Berichterstattern erzählen läßt. Ich habe mich nach den sozialdemokratischen Berichterstattern erkundigt und dabei erfahren, daß einer derselben als Kohlenzieher ein Mal nach Amerika und zurückgefahren ist und dann wegen Trunksucht entlassen worden ist. (Lärm bei den Sozialdemokraten auf: Freiwilliger Regierungskommissar.) Was habe ich denn von der Regierung. Ich habe mich Herrn Freie in Liebe von diesen Dingen unterrichtet, weil ich es eben für besser halte, daß sich ein Abgeordneter einmal selbst überzeugt, als daß er so vom Hörensagen hier die ungeheuerlichsten Dinge vorbringt. Die Verdächtigungen der Schiffskapitäne, die sich in aller Welt höchsten Ansehens erfreuen, sind zurückzuweisen. Wenn ich diesen Angriffen entgegen trete, so thue ich es nur aus Gerechtigkeitsgefühl, nicht aus Interesse für die Aelbder oder aus Liebe zur Regierung, die sich meiner Mithilfe als freiwilliger Regierungskommissar am wenigsten bedienen würde. (Beifall rechts und bei den Freimüthigen.)

Meißner (S.D.): Herr Lenzmann hat mirer Gewährsmänner vernommen. Das muß ich entscheiden zurückweisen. Das Bedürfnis für eine Reichskontrollebehörde würde sich sofort stillstellen lassen durch eine Enquete bei den Seeleuten selbst, bei den Kapitänen unter Zuziehung freier Discretion. Daß eine Kontrolle des Gesetzes, betr. die Unterzeichnung der Seemännliche nach den Anstellungen des Staatssekretärs nicht beabsichtigt worden ist, kann ich nur bedauern. Aber es könnte schließlich auch so gehen, denn nach den Bestimmungen des Gesetzes ist es sehr gut möglich, daß die Unterzeichnung auch auf die Anstellung des Schiffes hin ausgedehnt wird. Der Staatssekretär hat besonders die Direktion der Hamburg-Amerika-Gesellschaft gegen mich in Schutz zu nehmen geglaubt. Wenn er ein Schiff dieser Gesellschaft besucht, wird wohl gewiß Alles vorzüglich klappen. Er hat ja auch mit den anderen Ministern vor der Errichtung des Nordostsee-Anstalts eine kleine Befähigungsfahrt auf einem Schiffe der Gesellschaft bis nach Vennsbüttel unternommen. Gewiß wird er sich über die schönen Anzüge der Matrosen gefreut haben. Die Matrosen haben nämlich zu dieser Fahrt einen Extra-Paradeanzug von der Gesellschaft erhalten. (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Als sie aber nach der Fahrt mit ihrer Ueberstundenrechnung kamen -- sie hatten 42 Ueberstunden gemacht --, da wurde ihnen bedeutet, daß der geschätzte Paradeanzug für diese Ueberstunden gerechnet werde. (Beifall bei den Sozialdemokraten.) So verfährt die Gesellschaft ihren Leuten gegenüber! Den Ministern gegenüber ist sie freilich nobel! Tausende von Menschen sind im Laufe der letzten 10 Jahre bei der Seefahrt zu Grunde gegangen, und wenn es noch viel weniger wären, so hat doch die Gesetzgebung die Pflicht, Alles zu thun, um Gesundheit und Leben der Seeleute zu schützen. Das möchte ich Herrn Bebel erwidern. In der Praxis wird der Paragraph der Seemannsordnung häufig übertritten, wonach der Kapitän bei Strafe für guten Proviant zu sorgen hat. Bei Mägen werden weitläufige Untersuchungen angestellt, inzwischen geht der Seemann, der sich bequemt, wieder zur See und die Weidwichte schlacht ein. Auf die geradezu unmenschlichen Zustände auf einigen Schiffen der Deutsch-Australischen Linie habe ich schon häufig aufmerksam gemacht. Auf dem Dampfer „Sommerfeld“, Kap. Petersen, war der Proviant sehr schlecht -- aber dem Kapitän ist nichts geschehen, er fährt jetzt auf einem anderen Schiffe der Gesellschaft, dem „Sonnenberg“. (Lärm, hört! bei den Sozialdemokraten.) Bechweren sich die Seeleute, so werden sie von der Gesellschaft boykottiert. (Lärm, hört, bei den Sozialdemokraten.) Die Zeugen zerstreuen sich in alle Welt, deshalb ist die wenigen Verurtheilungen wegen der Mißhandlungen und Selbstmorde der Kohlenzieher. Ueber manche Preispropheten muß man sich geradezu wundern. Es scheint mir häufig, als verständen die Schiffsärzte unter Hitzschlag, der nach ihren Zeugnissen so häufig bei Kohlenziehern und Heizeren vorkommt, einen Schlag, den diese in der Hitze des Gefechts erlitten haben. (Beifall.) Uebertrieben habe ich nach keiner Richtung. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Freie (F.W.) legt Verwahrung gegen die Behauptung ein, daß der Norddeutsche Lloyd demunziationisch vorgehe. Herr Bebel hat zuerst die Offiziere der „Elbe“, dann die Mannschaft der „Grotte“ beschuldigt, daß sie am Untergange der „Elbe“ schuld seien. Wer von Beiden hat nun die Schuld? Ich muß die Offiziere des Lloyd entschieden in Schutz nehmen. Der Lloyd nimmt keine Kohlenzieher ohne Prüfung an, dieselben haben nur 8 Stunden täglich zu arbeiten und zwar immer 4 Stunden Arbeit und 4 Stunden Ruhe. Es giebt Kohlenzieher und Heizer, welche 25 Jahre im Dienste des Lloyd stehen. Herr Bebel hat gegen den Kapitän Thalhorn schwere Anschuldigungen erhoben. Er möge sie beweisen. Mir ist Herr Thalhorn sowohl als Mensch wie als Seemann als unadelschaft bekannt.

Bebel (S.D.): Herr Lenzmann sagte, im Deutschen Reichstage werde mehr über Seewesen gesprochen, wie in irgend einem anderen Parlamente. Wenn sich Herr Lenzmann mehr mit der Materie selbst beschäftigt hätte, würde er wissen, daß im englischen Unterhause die richtichsten Besprechungen der Seemannsangelegenheiten stattfinden. Das Gerechtigkeitsgefühl des Herrn Lenzmann hätte ihn vor Allem abhalten sollen, hier seine an Verächtlichkeit grenzenden Behauptungen über unsere Gewährsmänner aufzustellen. Zweideutige Existenzen, die dem Trunke ergeben sind, machen wir nicht zu unseren Vertrauensmännern, soweit mißte Herr Lenzmann unsere Partei doch kennen. Einen unserer Gewährsmänner haben wir ja genannt, es ist jener Steiner, der vier Jahre hindurch Heizer war und auf dessen Ausweisung ich doch noch zurückkommen muß. Ich habe hier gesagt, daß ich überzeugt davon bin, daß Herr v. Böttcher an dieser Ausweisung nicht beteiligt ist. Aber ich muß doch sagen, daß die nondalante Art, mit der er sie hier gerecht rügt hat, mir einen sehr bösen Eindruck gemacht hat. Steiner sei Agitator und weil er Ausländer ist, sei ihm Recht gegeben. Warum haut man aber nur auf unsere Agitatoren, nicht auf die antimilitarischen Oesterreicher und die österr. Reichswehr? Herr v. Böttcher erklärte, aus dem Alken sei zu ersehen, daß auch der Lloyd unschuldig an der Ausweisung ist. Eine solche Naivität hätte ich einem so erfahrungreichen hohen Staatsbeamten nicht zugetraut. Aus dem Alken ist das nicht festzustellen, das glaube ich. Wie wird denn so etwas aktenmäßig festgelegt werden? Ich weiß aus sicherer Quelle, daß, als ich am Sonnabend, den 14. Februar vorigen Jahres, dem Herrn Staatssekretär den Namen genannt hatte, schon am folgenden Tage der

Vorsitzende des Nautischen Vereins, Herr Satorius, den Namen auch wußte. Daß nun Herr Satorius privatim den Bremer Senatmitgliedern Mittheilung gemacht hat, ist für mich ganz klar. Den aktenmäßigen Weg wird er dabei nicht eingeschlagen haben. Was eben Anderen Recht ist, ist dem Arbeiter nicht billig und ist er Ausländer, so wird er ausgewiesen, mag er noch so lange Jahre in Deutschland gelebt und noch so lange seine Knochen für deutsche Interessen zu Marke getragen haben. Mag er aus noch so edlen Motiven für die Interessen seiner Arbeitsgenossen eingetreten sein, er wird als Agitator gebrandmarkt und sein Treiben gilt für um so gefährlicher, je eifriger er seine Ansichten vertritt, je edler seine Motive sind, die ihn zur Agitation treiben. Dem Abg. Lenzmann muß ich sagen, ich habe mich auch über meine anderen Gewährsmänner genau erkundigt, einer von ihnen ist 11 Jahre zur See gefahren, hat also wohl ein Urtheil, und dieser Mann erklärt, daß die Schotten auf den Schiffen häufig nicht genügend funktionieren. Herr Lenzmann will uns glauben machen, daß die Lloydsschiffe gänzlich unvorberichtet auf seine Inspektion waren. Herr Lenzmann ist mit seinem Freunde Freie in Bremen gewesen etwa 1 Woche nach der Interpellation Stamm und den vorjährigen Staatsverhandlungen. Daß nach diesen Verhandlungen Manches geschehen ist, was man bis dahin unterlassen hatte, ist doch ganz klar. Ich habe dem Kapitän der „Elbe“ keinen Vorwurf gemacht, sondern nur dem wachhabenden Lieutenant, und das Material für diesen Vorwurf habe ich den amtlichen Verhandlungsprotokollen des betreffenden Seemats entnommen. (Redner verliest die bezüglichen Stellen.) Es geht aus ihnen hervor, daß auch die „Elbe“ ein, wenn auch sekundäres, Verbrechen an dem Unfall trifft. Der Reichskommissar hat selbst darum gebeten, daß im Urtheil auf die Nothwendigkeit von Bootsmännern hingewiesen werden möge. Der Kommissar hat also auch die Bootsmänner für ungenügend gehalten, sie werden eben nur im Hafen, aber nicht auf hoher See vorgenommen. Ich habe nicht alle Schiffe des Lloyd angegriffen, sondern nur aus dem Unfall der „Elbe“ geschlossen, daß ähnliche Zustände auch auf vielen anderen Schiffen herrschen. Das hat Kapitän Wislicenus auch in seiner bekannten Schrift anerkannt, ein Mann, der doch gewiß nicht „gegen das Kapital“ her! Den Namen des Kapitäns des „Stagen“ habe ich gar nicht genannt. Aber Herr Wislicenus hat gegen ihn in einem Artikel der „Grenzboten“ den Vorwurf erhoben, daß er mit vollem Dampf in den Nebel gefahren sei. Sie sehen, ich kann beweisen, was ich behaupte, soweit das einem Abgeordneten nur möglich ist. (Beifall bei den Sozial.)

Dr. Lieber (F.): Aus den Ausführungen des Abg. Meißner geht hervor, daß die Reichsbehörden bei Aburtheilung des Unfalls der „Elbe“ voll ihre Schuldigkeit gethan haben. Er hat den Reichskommissar und das Gericht als seine Zeugen angerufen. Andererseits hat der Staatssekretär durch Verlesung des Erkenntnisses die Mehrzahl der Anschuldigungen des Abg. Meißner entkräftet. Ich bin nicht auf zwei, sondern auf vier Schiffen des Lloyd auf See gefahren und habe mich insbesondere um den Verhältnissen des Zwischenbeds vertraut gemacht. Die Schottentüren habe ich im besten Zustande gefunden, sie waren alle halb geschlossen, damit sie im Falle der Noth um so leichter geschlossen werden könnten. Diese Zeugnisse theilte dem Herrn Bebel aber nicht zu, wäßen, auch wenn dieselben von seinen Kollegen im Reichstage abgegeben werden. Wir sollen hingegen die Zeugnisse seiner Kohlenzieher als maßgebend hinnehmen. Diese Zimmung weise ich zurück. Der schwere Unfall der „Elbe“ hat bei allen Mitgliedern dieses Hauses den Wunsch erregt, für bessere Sicherung zu sorgen. Herr Bebel hat ein englisches Zeugnis angeführt, wonach die Londen-dampfer am schnellsten darauf losfahren. Es ist gerade eine bekannte Thatsache, daß die englischen Schiffe am schnellsten darauf losfahren.

Meißner (S.D.) wendet sich gegen eine Aeußerung des Abg. Freie, daß die schwarzen Heizer leistungsfähiger seien als die weißen, das wird von sachverständiger Seite entschieden bestritten, wäre ja auch traurig, da ja die Marine sich nach weißer Heizer bedient. Die Unternehmer stellen schwarze Heizer an, weil sie in ihnen billigere und auch willigere Arbeitskräfte erlangen. Das ist der einzige Grund. (Sehr richtig! bei den Sozial.)

Die Diskussion wird darauf geschlossen, das Kapitel bewilligt.
Nächste Sitzung: Freitag 1 Uhr.
Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen Verathung des Etats des Reichsamts des Innern. Novelle zur Gewerbeordnung. Schluß 5 1/2 Uhr.

Lübeck und Nachbargebiete.

Als grobe Täuschung erweisen sich die von vielen Blättern (so auch „L. u. N.“) gebrachten Abbildungen einer angeblich mit den Röntgen'schen Strahlen aufgenommenen Hand. Die Röntgen'schen Strahlen haben bei der Herstellung dieser Bilder gar nicht mitgewirkt, es handelt sich vielmehr einfach um gewöhnliche Photographien, die nach der Zeichnung eines anatomischen Präparates oder dergleichen hergestellt sind. -- Nach neueren Meldungen sollen es lediglich getreue Nachbildungen aus Meyers Konversationslexikon (Art. Bänder des Menschen) sein.

Personalien. Am 25. d. M. hat der Senat G. E. A. Kulenkamp zum bürgerlichen Deputirten bei der Steuerbehörde an Stelle des abtretenden Dr. jur. J. Vermehren erwählt.

Lübecker Genossenschafts-Bäckerei. In den „Centralhallen“ fand am Mittwoch Abend die ordentliche Generalversammlung der Lübecker Genossenschafts-Bäckerei statt. Auf der Tagesordnung stand: 1. Geschäfts- und Kassenbericht vom Jahre 1895. 2. Berichterstattung des Aufsichtsraths über die vorgenommenen Revisionen und Entlastung des Vorstandes. 3. Nennwahl des Vorstandes und eines Aufsichtsrathsmitgliedes. 4. Beschlußfassung über die Verwendung des Reingewinnes vom Jahre 1895. 5. Beschluß der Generalversammlung vom 7. August 1895, auf die Tagesordnung zu setzen: „Umdänderung der Genossenschaft in eine solche mit beschränkter Haftung“. Die Versammlung wurde vom Geschäftsführer Stelle eröffnet und zum Protokollführer der Genosse Glasau ernannt. Nach Verlesung des Protokolls der letzten Generalversammlung wurde vom Geschäftsführer der Geschäftsbericht verlesen. Da dieser Bericht sämtlichen anwesenden Genossen eingehändig war, wollen wir nur hervorheben, daß das Geschäft im Jahre 1895 als ein befriedigendes bezeichnet wird. Es wurde im Jahre 1895 ein Bruttogewinn von 14466,30 Mk. erzielt. Nach den auf Immobilien und Inventar vorgenommenen Abschreibungen von 5 bzw. 10 pCt. verbleibt ein Reingewinn von 8380,50 Mk. Die Gebäude, das Inventar und der Vorrath sind mit 121438,-- Mk. gegen Feuer versichert, besichert ist das ganze Gewerbe nur mit 36000 Mk. Die Anzahl der Mitglieder betrug am Schlusse des Geschäftsjahres 151; um dieselbe Zeit gehörten der Genossenschaft 1103 Genossen mit einem Guthaben von 13860 Mk. an. Am Schlusse des Berichtes werden die Genossen ersucht, auch in diesem Jahre überall für die Genossenschaft einzutreten und zu agitiren, damit im nächsten Jahre womöglich ein noch besseres Resultat zu verzeichnen ist. Da zu dem Geschäftsbericht niemand das Wort wüthigte, wurde vom Kassirer Bape der Kassenbericht verlesen. Nach demselben war bei einer Einnahme von 286441,20 Mk. am Schlusse des Geschäftsjahres ein Kassenbestand von 969,49 Mk. vorhanden. Die Bilanz weist in Aktiva und Passiva 90818,24 Mk. auf. Genosse Westphal berichtete als Vorsitzender des Aufsichtsrathes, daß im Laufe des Geschäfts-

jahres 4 Revisionen vorgenommen seien. Außerdem hat eine Inventur und eine Lageraufnahme stattgefunden. Der Ausschuss hielt 7 Sitzungen mit dem Vorstand zusammen, und 2 Sitzungen ohne denselben ab. Der Aufsichtsrath beantragte, den Vorstand für das verlossene Geschäftsjahr zu entlasten. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Zum 2. Punkt der Tagesordnung, Nennwahl des Vorstandes u. s. w. wurde Genosse Stelle zum Geschäftsführer und Genosse Bape zum Kassirer wiedergewählt. In den Aufsichtsrath wurde an Stelle des auscheidenden Mitgliedes Cobober, der Genosse Verde gewählt. Zum 3. Punkt der Tagesordnung, Beschlußfassung über die Verwendung des Reingewinnes vom Jahre 1895, wurde vom Ausschuss beantragt, 20 pCt. Dividende in Form von Brotmarken zu vertheilen und das übrige Geld dem Baufonds zu überweisen. Ueber den Antrag wurde getrennt abgestimmt, und der erste Theil betreffs Vertheilung einer Dividende von 20 pCt. angenommen. In Bezug auf den zweiten Theil des Antrages stellte Genosse Wittfoot den Antrag: Die Vertheilung wolle den Vorstand und Aufsichtsrath beantragen, im Laufe dieses Jahres in der Stadt ein Grundstück zu erwerben, zwecks Errichtung einer Haupt-Filiale. Wittfoot verwies zur Begründung seines Antrages auf die anderen großen Bäckereien, die in gleicher Weise vorliegen und in der Stadt Haupt-Filialen haben. Um das Geschäft konkurrenzfähig zu erhalten, müsse auch die Genossenschafts-Bäckerei dasselbe thun. Der Antrag wurde von mehreren Seiten bestritten. Hauptächlich herrschte die Meinung vor, daß darin eine Beschränkung der kleineren Filialen liege. Diesen Bedenken wurde jedoch entgegengehalten, daß die Haupt-Filiale ja gerade zur Unterstützung der kleineren Filialen bezw. zur Vereinfachung der Erleichterung dienen solle. Der Antrag Wittfoot wurde jedoch in geheimer Abstimmung mit großer Majorität abgelehnt. Dagegen wurde folgender Antrag angenommen: „Vorstand und Aufsichtsrath werden beantragt, die Frage behufs Errichtung einer Haupt-Filiale, bezw. den Ankauf eines Grundstücks in der Stadt in Erwägung zu ziehen und der nächsten General-Versammlung zu berichten.“ Bezüglich des Restes vom Reingewinn wurde beschlossen, denselben so lange dem Baufonds zu überweisen, bis über die Anschaffung eines Grundstücks entschieden sei. Zum 4. Punkt der Tagesordnung wurde von Verde der Antrag: „Die Genossenschaft in eine solche mit beschränkter Haftung umzuwandeln“ nochmals begründet. Vom Vorstand wurde der Unterschied zwischen unbeschränkter und beschränkter Haftung dahin erklärt, daß bei unbeschränkter Haftung die Genossen mit ihrem ganzen Vermögen haften, während diese bei beschränkter Haftung nur mit einem bestimmten Theil des Vermögens, z. B. mit der Summe des Antheils, der Fall sei. Nachdem auch noch Genosse Bartels für den Antrag gesprochen hatte, wurde derselbe angenommen. Der Vorstand konstatierte, daß ein Drittel der Mitglieder anwesend war, und von den Anwesenden 35 mit Ja und 57 mit Nein gestimmt haben. Zur Umdänderung der Statuten in diesem Sinne wurde der Vorstand und Aufsichtsrath beantragt. Vom Genossen Glasau wurde beantragt, daß Anträge in Zukunft schriftlich einzureichen sind. Auch dieser Antrag wurde angenommen und darauf die Versammlung geschlossen.

Kranken- und Sterbekasse gewerblicher Arbeiter. Im Lokale des Herrn Dürkop (Centralhallen) fand am Dienstag Abend die Generalversammlung der Kranken- und Sterbekasse gewerblicher Arbeiter statt. Auf der Tagesordnung stand: 1. Vorlegung der Abrechnung vom 4. Quartal v. J. und der Jahresbilanz. 2. Wahlen nach § 17 des Statuts. 3. Vorlegung des Reultates, betreffend Umfrage zur Gründung einer Frauen-Sterbekasse. 4. Bericht über die Angelegenheiten. Zum ersten Punkt der Tagesordnung wurde vom Kassirer die Abrechnung vom 4. Quartal 1895 und die Jahresbilanz verlesen. In der Jahresbilanz balanzirten Einnahme und Ausgabe mit 49099,85 Mk. Die Netto-Einnahme betrug 49954,20 Mk., die Ausgabe 32015,98 Mk. Es ist also ein Reingewinn von 8939,01 Mk. erzielt worden. Am 1. Januar 1896 zählte die Kasse 1182 Mitglieder. Am 1. Januar 1896 betrug die Mitgliederzahl 1617. Dem zweiten Punkt der Tagesordnung wurde zum 1. Vorsitzenden Blambek, zum 1. Schriftführer Grammersdorf, zum 2. Kassirer Reppenhagen gewählt. Die Wahl der Revisionen fiel auf die Mitglieder Mehlis und Abraham. Zu Boten wurden die Mitglieder Schoof und Ziegler gewählt. Zu Vertretern der Kasse im Sanitätsverband die Mitglieder G. und M. Bed sowie Grube. In Bezug auf die Umfrage betreffs Gründung einer Frauen-Sterbekasse wurde vom Kassirer mitgetheilt, daß sich die Mehrzahl der Mitglieder für die Gründung ausgesprochen hätten, von ja. 50 Mitgliedern siehe die Antwort noch aus. Die Kasse sollte nach der Umfrage unter folgenden Bedingungen ins Leben treten: Beitrittsgeld 1 Mk., monatlicher Beitrag 25 Pfg., Sterbegeld nach halbjähriger Mitgliedschaft 50 Mk., nach einjähriger Mitgliedschaft 100 Mk. Die Altersgrenze für den Beitritt soll das fünfundsiebzigste Lebensjahr bilden. Es wurde vom Vorstand klargestellt, daß nach dem Resultat der Umfrage die Gründung möglich sei. Es wurde sich nun fragen, ob man die Kasse dem Versicherungsgegesetz als selbständige Kasse unterstellen, oder ob man sie, was nach dem Gesetz zulässig ist, vorläufig der Krankenkasse unterordnen wolle. Der Vorstand sprach sich für das Letztere aus. Von mehreren Rednern wurde die Altersgrenze als zu niedrig bezeichnet. Ein provisorisch ausgearbeitetes Statut wurde verlesen. Beschlossen wurde, daß die Kasse gegründet und vorläufig der Krankenkasse unterstellt werden soll. Zur Abarbeitung der Statuten wurde eine Kommission von 7 Mitgliedern dem Vorstand beigestellt. Zur Durchberathung und Bestätigung des Statuts soll eine außerordentliche Generalversammlung zu gegebener Zeit einberufen werden. Das fünfundsiebzigste Lebensjahr soll als Altersgrenze für den Beitritt bestehen bleiben. Doch soll es durch eine Uebergangsbestimmung den bis zu 50 Jahre alten Frauen der Mitglieder gestattet werden, innerhalb 4 Wochen nach dem Inkrafttreten des Statuts der Kasse beizutreten. Im Beschlusse wurde noch beschlossen, die Amtsdauer der Boten auf ein Jahr festzusetzen. Ein Antrag, die Bilanz der Kasse im Volksboten zu veröffentlichen, wurde angenommen und hierauf die Versammlung geschlossen.

Glücklich abgelaufen ist eine gestern in der Breitenstraße bei der Ueberfahrt nach dem Marien-Kirchhof erfolgte Kollision der Straßenvahn mit dem Wagen eines Fuhrmanns. Das Pferd des Letzteren kam zwar in Folge, trug jedoch keine Verletzungen davon.

Hamburger. Am gestrigen 2. Ziehungstage der 3. Klasse der 309. Hamburger Stadt-Lotterie wurden folgende Nummern mit nachstehenden Hauptgewinnen gezogen:
Nr. 70596 mit 60 000 Mk. Nr. 93175 mit 10 000 Mk. Nr. 8647 68479 a 1000 Mk. Nr. 7591 11589 39159 52899 92600 10932 a 200 Mk. Nr. 13111 22546 28554 44385 46031 48435 52621 53737 56922 62093 68959 85987 87487 104737 110777 a 100 Mk. (Ohne Gewähr.)

Lübecker Stadttheater.

„Madame Sans-Gêne“ wurde am Mittwoch Abend als Benefiz für das zur Zeit hier gastirende Fräulein Hermine Reichenbach gegeben. Unsere Leser sind bereits über dieses Werk Sardou's unterrichtet. Wir haben damals, als dasselbe in Lübeck zum ersten Male aufgeführt wurde, eingehend referirt; es ist deshalb unnöthig, nochmals darauf einzugehen. Nur einige Worte seien uns über die diesjährige Aufführung gestattet, zumal verschiedene Hauptrollen eine andere Besetzung erfahren hatten. Die Hauptrolle, Katherine Hübscher, gab wiederum Frä. Reichenbach mit demselben Erfolge wie im Vorjahre:

miederum war jeder ihrer Auftritte ein „Schlager“. Vorberkranze und mehrfache Hervorrufe von Seiten des Publikums bildeten Beweise der Anerkennung gegenüber der Gastin. Auch Herr Blöss (Lefebre) spielte genau so frisch und flott wie im Vorjahre; ebenso Herr Dietrich, dessen Tanzmeister Despreaux noch ebenso elegant die Füsse setzte, wie in der allerersten Aufführung. Im Constaten blieb aber die Aufführung hinter der vorjährigen zurück. Bereits der erste Akt war matt. Uns schien es, als sei das Stück diesmal etwas zu frühreif auf die Bühne gebracht. Möglich ist es allerdings auch, daß ein oder der andere der Darsteller nicht gut bei Stimmung war. Füglich erkaunt waren wir, von Herrn Burhard einen so total verzeichneten Napoleon zu sehen. Fast stets konnten wir bisher der Burhard'schen Auffassung der Rollen „voll und ganz“ — um einen recht zeitgemäßen Ausdruck zu gebrauchen — beipflichten; sein „Napoleon“ dagegen hat uns Herzleiden verursacht. Wo der Künstler hinauskam — einen Napoleon zu geben, der im Großen Klein und im Kleinen groß sein

solte —, ist uns durchaus nicht entgangen, doch war es nur ein Laufen hin und her, das nicht über die Ansätze hinauskam; und so sahen wir nicht einmal einen „Theater“-Napoleon. Auch Herr Thies, der den schlauen Fuchs Fouché gab, konnte uns nicht erwärmen. Um seines köstlichen Urteils willen wollen wir's ihm verzeihen. Und so ließe sich noch an manch anderen Darbietungen zeigen, daß die Vorstellung sich nicht auf der gewohnten Höhe bewegte. Infolge der trefflichen Darstellung des Fr. Reichenbach fand indes Carou's Werk, das ja auch sonst recht bühnenwirksam ist, regen Beifall.

Briefkasten.

Ein Unwissender. 1) Wenn der Tischlermeister Willert in der Stavenstraße Sonntags thätlich so lange arbeiten läßt, wie Sie uns schreiben, so macht sich W. eines Vergehens gegen das Gesetz über die Sonntagsruhe schuldig und ist daher strafbar. 2) Kein Eheverbotungsgrund.
W. D. Gewiss, kann er sie zwingen.
Genosse. Cronsförder Allee. 1) Das kann Ihnen ein Vertreter der Ortskrankenkasse nimmöglichst gesagt haben. Wenn Ihre Mutter zur Krankenkasse stonert, so darf sie auch die betr. Kassenärzte auf Grund Ihres Buches anrufen. 2) Die Hebe- und

Meldestelle der Alters- und Invaliditäts-Versicherung ist hier Lübeck mit dem Bureau der Ortskrankenkasse vereinigt.
Stockelsdorf, G. S. Ohne vorherige Rücksprache können wir Ihre Eingeladung nicht aufnehmen.

In der „Neuen Welt“, Schmiedestraße 20, Inhaber O. Schilling, konzertiert vom 1. Februar an die preisgünstigste Schupplatt-Länge oberbayerische Volks-Instrumental- und Jobb-Gesellschaft D. Barthaler, Direktion: Miel. Ellmann. Die Truppe besteht aus 7 Personen, darunter die 3 Rosen vom Tegelee. Zum Schluß eines jeden Konzerts werden oberbayerische Gebirgs-Ensemble-Szenen von der ganzen Gesellschaft ausgeführt. Die Gesellschaft ist im Besitze eines Kunstschreines vom Dresdener und Leipziger Konservatorium und ist zur Zeit in dem berühmten Konzerthaus „Hohenzollern“ in Hamburg engagiert. Dieselbe tritt Morgen hier ein. Ohne Zweifel werden die Konzerte auch hier Lübeck eine große Anziehungskraft auf das Publikum ausüben.

Angelobene und **abgegeben** 23. Febr. in 1896.
 Angenommen:
 Freitag, den 31. Januar.
 1.55 B. D. Augusta, Albburg, von Smidgen in 36 Std.
 7.30 B. D. J. P. Dillberg, Vergh, von Kopenhagen in 15 Std.
 Abgegeben:
 Donnerstag, den 30. Januar.
 11.30 B. D. Faltz, Ehlers, nach Fehmarn.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

Durch die glückliche Geburt eines kräftigen Knaben wurden hoch erfreut
Helmuth Niendorf und Frau
 geb. Egge.

Zum 1. April eine kleine Wohnung zu vermieten.
 Engelwisch 23.

Ein gut möbliertes heizbares Parterre-Zimmer, straßenwärts, ist zu vermieten.
 Neue Meierstraße 31.

Ein neuer flotter Damen-Masken-Anzug
 ist billig zu vermieten. Schumacherstr. 37.

Für sichere Pfandpöste Geld à 4-4 1/2 Proz. zu belegen. **Heinr. Soroe**, Johannisstr. 12.

Sehr billig zu verkaufen 2 Bettstellen mit Ledermatratze, Waschkommode und Theelrank.
 Lauer Vohberg 18, 2. Stg.

Derjenige, welcher mir heute früh die Kette von meinem Wagen genommen hat, wird ersucht, dieselbe wieder zurückzuliefern, widrigenfalls derselbe polizeilich belangt wird.
A. J. H. Fick, Watenischstraße 5c.

Heute Freitag und Morgen Sonnabend:
Frisches Kuhheuter
 empfiehlt
H. Kleuz, Düstere Querstraße 13.

Beste Margarine 1 Pfund 65 Pfg. 2 Pfund 1,25 Mk.
 empfiehlt **A. Wieselmann**, Grassstraße 20.

Türkische Pflaumen, Pfd. 20 Pfg.
Joh. Nagel, Engelsgrube 51.

Schöne französische Kartoffeln
 10 Liter 40 Pfg.
G. Hamann, Große Gröpelgrube.

Prima junges Suppenfleisch
 sowie jeden Sonnabend frisch ge-
 lachtes **Rollfleisch** empfiehlt
H. Dose, Rößschlachter,
 Hundestraße 62.

Rößschlachtere von Frau S. Becker
 empfiehlt
 ganz prima Beeffsteak, feine Bratenstücke,
 ff. Rauch- und Rollfleisch, gekochte und
 geräucherete Mettwurst in bekannter Güte.

Jeden Sonnabend und Mittwoch von 9 Uhr
 vormittags an: frisch gekochte Kuhheuter,
 Prima Ochsenfleisch 60 Pfg., Schweine-
 fleisch 50 Pfg., Karbonade 60 Pfg., Flocken
 55 Pfg., sowie sämtliche andere Fleisch- und
 Wurstwaren äußerst billig.
M. Labrtz, Böttcherstr.

Billigster Sohlen-Ausschnitt
 sowie sämtliche
Schuhmacher-Artikel
 zu bekannt billigen Preisen
 empfiehlt die

Lederhandlung von C. Grimm
 Schuhmacherstraße 6
 (zwischen Hürtröde und Fleischhauerstraße).

Uhren reinigen. 1,50,
 Federn einsehen. 1,50,
 Uhrgläser 1. Qual. 0,30.
Aug. Büttner,
 Uhrmacher,
 Bügstraße 32.

Gute Eier, 5 Stück 30 Pfg.
 Frische Meiereibutter, Pfd. 1,10 Mk.
 Frische Baurerbuter, Pfd. 90 Pfg.
 ff. Margarine, Pfd. 60, 65 u. 70 Pfg.
 Geräucherter Landmettwurst, Pfd. 1 Mk.
 Fett u. durchw. Speck, Pfd. 60 u. 70 Pfg.
 ff. Tilsiter Käse, Pfd. 45, 60, 80 Pfg.
 ff. Schmalz, Pfd. 45 und 55 Pfg.
 ff. Griebenschmalz, Pfd. 60 Pfg., empfiehlt
J. C. W. Blöss, J. F. D. Götke Nachf.,
 Kupfergasse 7.

Lübecker Genossenschafts-Bäckerei
 (G. G. m. u. H.)

Die in der letzten General-Versammlung beschlossene Dividende in Brodmarken von 50 Pf. ist vor **Montag den 3. Februar d. J.** an den Wochentagen im Geschäftskontor, Töpferweg 65, in den Geschäftsstunden Morgens von 9-12 Uhr, Nachmittags von 3-6 Uhr, gegen Vorzeigung der Anteilsscheine in Empfang zu nehmen. Sonntags ist das Geschäftskontor geschlossen.

Wir empfehlen unsere nur aus Hopfen, Malz, Hefe und Tiebrunnen-Wasser hergestellten
Biere in Flaschen
 mit Patent- oder Siegel-Verschluss.
 Die Vortheile des Siegel-Verschlusses sind:
Größte Reinlichkeit. Absolute Dichtigkeit.
 Bierverfälschung unmöglich. Leichtes gefahrloses Öffnen.
 Hochachtungsvoll
Lübeck 1896. Hansa-Brauerei.



Verlag von Hans Banke
 Berlin S. 14.
 Nummer liegt abgeschlossen vor.
Das Arbeiterrecht
 von Arthur Stadthagen
 früherem Reichsanwalt, 20. Aufl. 5. Aufl. 1896.
 Preis: 50 Centen geb. 2 Mk.; elegant in
 Halbdruck geb. 3,50 Mk.; in Leder geb. 4,50 Mk.
 u. 60 zu beziehen in 11 Seiten à 20 Pfg.
 zu beziehen durch die Buchhandlung
Friedr. Meyer & Co.
 Lübeck, Große Allee 35/37
 Führer Volksboten.

Ihre nur aus bestem Hopfen und Malz ge-
 brauten Biere, Lager-, Tafel- und Münchener
 (nach Münchener Art gebraut), empfiehlt die
Adler-Brauerei.
 Zub.: G. Teichgräber.

Delicatess Kräuter-Heringe
 hochfein im Geschmack, 5 Str.-Dose Mk. 1,60.
Anchovis, echt Christianer
 ausgewogen, das Pfd. 40 Pfg.
Flohm-Heringe
 große Stücke für 8 und 10 Pfg.
 für Wiederverkäufer Vorzugspreise
 empfiehlt bestens
 Obertrave 8. **Ludw. Hartwig.**

Schönes frisches
Bratenschmalz
 empfiehlt
Aug. Scheere
 Holstenstraße 27.

Morgen, Sonntag:
Colosseum. Gr. Tanzmusik
 Um 9 1/2 Uhr große Preispolonaise für Herren und Damen.
Ausich von Bockbier aus der **Actien-Brauerei.**
 Anfang 4 Uhr. **W. Dassler.**
NB. Sonntag den 1. März: Volks-Maskerade.

Die Schweineschlachtere
 von
W. Strohfeldt
 73 Glockengießerstraße 73
 empfiehlt:
 Schweinefleisch, Pfd. 50 Pfg.
 Karbonade, Pfd. 60 Pfg.
 Gef. Schweinefleisch, Pfd. 50 Pfg.
 Fetten u. mag. Speck, Pfd. 60 Pfg.
 Leber, Braunschweiger, gekochte, geräuch.
 Pflaumen, Pfd. 60 Pfg.
 Dicke Rippen, Pfd. 55 Pfg.
 Pa. Flockenschmalz, Pfd. 60 Pfg.
 Nur hiesige Waare.

Kranken- und Sterbekasse „Amicitia“
 E. H. No. 18.
General-Versammlung
 am Sonnabend d. 1. Febr., Abds. 8 1/2 Uhr
 im Concordia-Garten.
 Tages-Ordnung:
 1. Abrechnung vom verfloßenen halben Jahr.
 2. Wahlen. 3. Verschiedenes.
 Der Vorstand.

Club Fidelitas
Masken-Ball
 am Sonntag den 2. Februar
 in sämtl. Räumen des Tivoli.
 Lokalöffnung 5 Uhr. Anfang 6 Uhr
 Von 6-8 Uhr: Tanz für die Zuschauer.
 Eingang derselben: Gewerkevereinsaal.
 Von 7-8 Uhr: Versammlung der Masken.
 Eingang derselben: Königspforte.
 Präcise 8 Uhr: Maskenzug.
NB. Jedes 25. Maskenpaar erhält ein werthvolles Geschenk.
Preise:
 Herren-Masken Preis 1 Mk.
 Herren-Zuschauer Preis 75 Pfg.
 Damen-Masken Preis 50 Pfg.
 Damen-Zuschauer Preis 50 Pfg.
 Die Fremden-Karten sind bei den Herren
Levy, Mühlentstraße 5, **F. Nagel**, Cigarren-
 Geschäft, Am Markt, sowie beim Kassensührer
Callies, Kupfergasse 24, zu haben.
Fremde Pirotts sowie Kinder
 haben keinen Zutritt.
 Die Masken-Garderobe befindet sich im Lokal.
 Der Vorstand.

BALL
 der freiwilligen Feuerweh
Stockelsdorf-Fackenburg
 am Sonntag den 2. Februar 1896
 im Lokale des Herrn Hutzfeld
 in Stockelsdorf.
 Hierzu ladet freundlichst ein
Das Comité.
 Einführung gestattet.

Stadttheater in Lübeck
 Sonnabend den 1. Februar:
 Anfang 7 Uhr.
Ausser Abonnement.
1. Gesamt-Gastspiel des berühmten
Schlierseer Bauerntheaters.
Jägerblut.
 Volkstück mit Gesang und Tanz in 6 Akten
 von Benno Rauchenegger.
 Nach der Vorstellung 11 Uhr Abends:
Sonderzug in d. Richtung Travemünde
 Preise der Plätze: I. Rang Loge u. Balcon 4 Mk.
 I. Parquet 3,50 Mk., II. Parquet u. II. Rang
 Balcon 2,50 Mk., III. Rang Loge 2 Mk., u.
 III. Rang Balcon 1,50 Mk.
 Es finden nur 3 Gastspiele statt.

Die schwedische Volksbewegung.

Die eigenartigen politischen Verhältnisse des großen skandinavischen Reiches sind bei uns sehr wenig bekannt. Die dürftigen Berichte über Kammerverhandlungen oder über die Erledigung einzelner Tagesfragen sind durchaus nicht geeignet, auch nur einigermaßen zu informieren; im Gegentheil, die Beweggründe in dem lebhaften politischen Kampf, der sich zur Zeit in Schweden abspielt, werden dadurch gänzlich verschleiert. Es ist daher sehr dankenswerth, daß einer unserer tüchtigsten Genossen, Hjalmar Brantén in Stockholm, einen sehr lehrreichen Artikel unter obestehendem Titel geschrieben hat, den wir der Wiener „Arbeiter-Zeitung“ entlehnen.

Sie schreibt:

Die soziale Struktur der schwedischen Gesellschaft ist bis in die Mitte dieses Jahrhunderts die eines bürokratisch-aristokratisch regierten Bauernstaates gewesen. Die schwedischen Bauern sind niemals als Leibeigene geknechtet worden, sie haben vielmehr am Ende des Mittelalters unter Führung adeliger Reichsverweser ein nationales Reich gegründet, das von Gustav Adolf bis Karl XII., vom dreißigjährigen Kriege bis zur Europäisierung Rußlands durch Peter den Großen sogar einen beträchtlichen Einfluß auf die allgemeine europäische Entwicklung ausgeübt hat.

Diese „Großmachtzeit“, wie sie in der schwedischen Geschichte genannt wird, war jedoch für die innere Entwicklung alles Andere als förderlich. Ein militärisch-aristokratisches Junkerthum wurde damit großgezogen, das bis in unsere Tage die erste Geige in dem Staate gespielt hat. Der Adelsstand war noch nach der Revolution von 1809, als der an Größenwahn leidende König Gustav Adolf IV. endlich abgesetzt wurde und der napoleonische Marschall Bernadotte als Thronerbe gewählt ward, immer der führende unter den vier Ständen: Adel, Priester, Bürgerschaft und Bauern, die zusammen den damaligen schwedischen Reichstag bildeten. Jene alte Verfassung wurde indessen immer weniger zeitgemäß, und die Bauern verstanden es trefflich, die liberalen Strömungen der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts im Dienste ihrer Klasseninteressen auszunützen. Im Jahre 1865 war die Frucht reif; unter dem Drucke einer Volksmeinung, die offenbar auch vor revolutionären Maßregeln nicht zurückgeschreckt wäre, kapitulierten die bevorrechteten Stände; eine Zweikammerverfassung mit allgemeinen Wahlen, aber mit hohem Geldzensus, wurde eingeführt. Eine neue Zeit, voll von Fortschritt und allerlei schönen Reformen, werde jetzt anfangen; so versicherten es wenigstens die jubelnden Liberalen.

Es kam aber anders. Das neue Wahlgesetz legte in der zweiten „volksrählten“ Kammer die Macht fast ausschließlich in die Hände des alten Bauernstandes, die etwa 200 000 schwedischen selbstbesitzenden kleineren oder mittleren Bauern. Man muß sich nämlich erinnern, daß in Schweden noch beinahe 80 pCt. der Bevölkerung auf dem Lande leben, und daß das platte Land zwei Drittel der zweiten Kammer besetzt; das noch geltende Wahlgesetz ist aber so zugeschnitten, daß keine Proletarier, ge-

schweige denn Landproletarier, stimmberechtigt sind. Stimmberechtigt der zweiten Kammer sind von 1 200 000 erwachsenen Männern überhaupt nur 300 000. Die erste Kammer ruht zwar nominell auf einer etwas weiteren Basis; sie wird nämlich von den Provinzialvertretungen gewählt, die selbst wieder nach den Bestimmungen des kommunalen Stimmrechts gewählt werden. Der kommunale Zensus ist etwas niedriger als der des politischen Stimmrechts gesteckt, ein geschätztes Einkommen von 500 Kronen (gleich 300 Gulden) genügt statt der 800 Kronen bei den politischen Wahlen. Dieses Verhältniß wird aber für die ärmeren Klassen zur lächerlichen Parodie eines Rechtes, denn die Stimmen werden bei allen kommunalen Wahlen nicht gezählt, sondern „gewogen“, und zwar den Einkünften nach. In den Städten haben die Reichen (mit 10 000 Kronen Einkommen und darüber) je 100 Stimmen, während der Arbeiter 1, 2 oder höchstens 5 oder 6 Stimmen besitzt; in Stockholm zum Beispiel wiegen die 9 Prozent der reichsten Kommunalstimmberechtigten die übrigen 91 Prozent auf! Auf dem Lande ist sogar die Steigerung der Uebermacht der Reichen eine ganz und gar schrankenlose; in 44 schwedischen Kommunen kann ein einziger Mann — ein adeliger Latifundienbesitzer oder ein moderner Großindustrieller — sämtliche Kommunal-„Stimmberechtigten“ überstimmen, in mehreren Hunderten von Kommunen liegt die Macht bei vier oder fünf Großpatronen usw.

Bei den Wahlen zur zweiten Kammer sind wenigstens alle Wähler gleich; die erste Kammer ist aber, wie man es aus diesen Andeutungen schon verstehen kann, ausschließlich eine Vertretung des großen Grundbesitzes und des Großkapitals, die beide mit der höheren Bureaucratie intime Verbindungen unterhalten und gewöhnlich diese als den dritten in ihren Bund aufnehmen. Ist doch zur ersten Kammer nur Jener wählbar, der entweder Land im Werthe von wenigstens 80 000 Kronen besitzt oder für ein Einkommen von 4000 Kronen eingeschätzt wird. Die Mitglieder dieser Versammlung der Reichen beziehen keine Diäten; in der zweiten Kammer bekommen die Abgeordneten für die gewöhnlich viermonatliche Session — Januar bis Mai — 1200 Kronen. Es möge noch hinzugefügt werden, daß die erste Kammer 150 Mitglieder hat, die zweite 225, wovon die Städte 80 wählen. In allen Fragen des Budgets werden Meinungsverschiedenheiten durch einfache Zusammenstellung der Stimmen in den beiden Kammern einfach gelöst, was natürlich der schwedischen ersten Kammer eine noch größere Bedeutung giebt als in den Ländern, wo sich das Unterhaus wenigstens die Budgetbewilligung allein vorbehalten. In allen Fragen von Veränderungen der Gesetze oder Grundgesetze haben die Kammern gegen einander ein absolutes Veto, das besonders von der ersten Kammer selbst gegen die geringfügigsten demokratischen Neuerungen redlich angewendet worden ist.

Daß eine Verfassung, die solche Machtverhältnisse zwischen den verschiedenen Klassen der schwedischen Gesellschaft festlegt, jemals von halbwegs freiheitlich denkenden Menschen anders als die Organisation der Klassenprivilegien und der politischen und ökonomischen Ausbeutung der Massen des Volkes aufgefaßt werden konnte, das wäre

heute kaum mehr zu verstehen, wenn es nicht erklärt werden könnte theils durch die universelle Blindheit der liberalen Betrachtungsweise für Alles, was Klassengegenstände heißt, theils durch die politische Unreife und Gleichgültigkeit der besitzlosen Klassen in Schweden in den sechziger Jahren; denn eine moderne industrielle Arbeiterklasse die die Führung aller proletarischen Elemente übernehmen konnte, war nur in Ansätzen vorhanden. Die neue Aera begann allerdings mit gewissen Hoffnungen. Die Bauern der zweiten Kammer, meistens wirkliche Kleinbauern in dürftiger Lage, die, wie ihre Väter und Großväter, nach beendeter Reichstagsession ihr kleines Ackerland selbst bestellen mußten, schlossen sich sofort in eine mächtige „Partei der Landwirthe“ zusammen, die natürlich die Hebung der eigenen Klassenlage, besonders durch Abschaffung der Grundsteuern, als wichtigstes Ziel anstrebte und die Führung von liberalen Idealisten so bestimmt wie nur möglich ablehnte, sich jedoch bis zu einem gewissen Grade als Wortführer aller von den „höheren Klassen“ Bedrückten fühlte, die Macht der übermüthigen Bureaucratie nicht ohne Erfolg bekämpfte und mit fester Hand die Staatsausgaben, auch die, die der Militarismus forderte, in ziemlich bescheidenen Grenzen hielt. Man konnte damals im Reichstage aus dem Munde eines alten Bauernführers die Worte gegen einen konservativen städtischen Abgeordneten hören: „Es wird Ihnen nicht gelingen, uns mit den Arbeitern Schwedens zu erschrecken; die Arbeiter sind Fleisch von unserem Fleische und Bein von unserem Bein.“ Die Arbeiter, noch ganz unter liberalem Einflusse stehend, nahmen solche Versprechungen mit herzlichlicher Dankbarkeit auf; sie wünschten nur, daß die Bauern so schnell als möglich ihrer Grundsteuern ledig würden, um sich dann mit den Bedürfnissen der Arbeiter beschäftigen zu können.

Diesem idyllischen politischen Zusammenleben zwischen einem noch mächtigen mittelalterlichen Stande, der aber seine ökonomischen wie politischen Ideale rückwärts, in der vorkapitalistischen Zeit, sieht, und der jüngsten aller modernen Klassen, der Lohnarbeiterschaft des großindustriellen Zeitalters, die vorwärts, jenseits des Kapitalismus, die volle Verwirklichung ihrer gesellschaftlichen Ziele anstrebt, mußte jedoch die fortschreitende soziale Entwicklung Schwedens ziemlich rasch ein Ende machen. In den sechziger Jahren ist Schweden vollends in die Reihe der kapitalistischen Staaten eingetreten, und keine der unvermeidlichen Folge-Erscheinungen des modernen Kapitalismus ist Schweden erspart geblieben; Krisen, Arbeitslosigkeit, Spekulantenthum, Entvölkerung des platten Landes, Proletarisierung der früher selbstbesitzenden und seßhaften Bauern — besonders im nördlichen Schweden haben die Holzbarone ganze Provinzen verheert und ihre Bevölkerung verjagt — all' das durchdrückte die bis dahin idyllischen Zustände. Die letzte Statistik zeigt, daß die mit Ackerbau beschäftigte Bevölkerung in diesem uralten Bauernlande unter die Hälfte der Bevölkerung gesunken ist, während in der Industrie 23 pCt. der Bevölkerung thätig sind.

Die politischen Folgen dieser Durchseuchung der Gesellschaft mit Kapitalismus zeigten sich auch im Reichstage. Die Partei der Landwirthe wurde immer weniger

Der Sperlingskrug.

Novelle von Otto Freitag.

(7. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Auch Claudine ließ das duftende Morgengetränk völlig unberührt, ihre Brust wogte stürmisch auf und nieder, sie suchte offenbar nach einem Anknüpfungspunkt zu einem Gespräch mit ihrem Bruder. Es herrschte eine fast unheimliche Stille in dem behaglich ausgestatteten Zimmer.

„Willst Du heut nicht frühstücken?“ begann Claudine endlich mit einer Stimme, in deren Klang sich ganz deutlich der Zustand ihres Gemüthes kundthat, in welchen sie durch das belauschte Gespräch am Fenster versetzt worden.

Matthias Fischer schreckte bei dem Klange dieser Stimme so jäh aus seinen Träumereien empor, daß er die vor ihm stehende Tasse umriß, deren Inhalt sich über die Dielen ergoß.

„Wie Du mich erschreckt hast mit Deiner Heftigkeit!“ sagte er verwirrt. „Was ist geschehen, daß Du so aufgeregert bist?“

„Was geschehen ist?“ sprach Claudine, deren Augen durchdringend auf den Bruder hasteten. „Schöne Neuigkeiten habe ich da soeben erfahren über die Dirne und ihren Vater, deren Haus Du so eifrig besuchtest. Hui, Schame Dich, Matthias, daß Du in Deinen alten Tagen noch auf solche Abwege geräthst und Deiner Schwester Kummer und Schande bereitest. Aber ich will auch nicht länger wohnen in einem Hause, auf welches die Leute mit Fingern zeigen; hinausgehen will ich in die Welt, und meine letzten Tage einsam im Gebet verbringen, bis mich der Tod von einem Leben befreit, das mir der Bruder verbittert.“

„Mache nicht so viele Umstände, ehe Du zum Ziele

kommst,“ sprach Matthias. „Ich habe nicht lange Zeit, Dich anzuhören.“

„Nicht?“ stöhnte Claudine. „Du bist zu beschäftigt, Deine unglückliche Schwester anzuhören, aber da zu sitzen stundenlang und grübeln, an die Dirne denken, welche es Dir angethan, dazu ist Zeit vorhanden. Nun, meinnetwegen heirathe sie, die Tochter des Beelzebub, ich habe Dich oft genug gewarnt, ich wasche meine Hände in Unschuld.“

„Nun habe ich es aber satt!“ rief Matthias aufspringend und mit der Faust auf den Tisch schlagend, daß das Geschirr klirrte. „Gehe meinnetwegen in des Teufels Namen, verlasse mein Haus noch heute, damit ich endlich Ruhe habe!“

Auch Claudine hatte sich erhoben; den Kopf stolz zurückgeworfen, mit einem Blick der Verachtung, maß sie ihren Bruder.

„Ja, ich werde gehen,“ sagte sie gedehnt, ich werde heute noch dieses Haus verlassen, da Du es willst. Doch zuvor zahle mir meinen Antheil heraus, den ich an der Wirthschaft habe, und der mir von Rechts wegen zukommt. — Aha, Du schweigst, Du hast keine Antwort! Nun denn, so soll die Welt erfahren, wie es mit Matthias Fischer steht, sie soll erfahren, daß der Mann, den man für wohlhabend hält, nichts besitzt, was er sein nennt, daß er alles verlor in unsicheren Speculationen, welche ihn mit einem Schläge zum reichen Manne machen sollten.“

Claudine machte eine Pause, um den Eindruck ihrer Rede nachwirken zu lassen.

„Zum Glück für mich hielt ich meine paar Thaler an mir, gab sie Dir nicht, wie Du so oft verlangtest; hätte ich es gethan, so könnte ich jetzt wohl betteln gehen, denn mein leiblicher Bruder wirft mich aus dem Hause, in welchem ich das Licht der Welt erblickte, und das um einer Dirne willen, deren Namen ich nicht

ausprechen kann, ohne zu beten: Erlöse uns von dem Uebel!“

„Du machst Dir ganz unnöthige Sorgen,“ erwiderte Matthias kalt. „Das Geld, welches Du zu fordern hast, liegt bereit, ich will es Dir sofort auszahlen, wenn Du es verlangst.“

Claudine trat erstaunt einen Schritt zurück, sie war überrascht.

„Ich habe Glück gehabt,“ fuhr Matthias nachlässig fort, „und einige Tausend Mark an Papieren gewonnen, welche ich bereits schon als verloren betrachtete. Deswegen war ich auch gestern in der Stadt und habe das Geld geholt, da ich wußte, welches Gewicht Du auf die Auszahlung Deines Antheils an der Wirthschaft legst.“

Claudine schien nicht erwartet zu haben, daß ihr Bruder sich in der Lage befinde, ihr Verlangen zu erfüllen. Schon bei mehreren Gelegenheiten und namentlich, seit Matthias mit dem alten Haus in Verkehr stand, hatte sie diesem mit dem Verlassen des väterlichen Hauses gedroht und in dem Umstande einen wirklichen Bundesgenossen gehabt, daß sie als erste Bedingung vor ihrer Entfernung die Auszahlung der Summe verlangte, welche ihr von Seiten der verstorbenen Eltern in der Wirthschaft sichergestellt war.

Wie wir soeben aus dem Gespräch des Geschwisterpaars vernommen, war Matthias Fischer nicht der wohlhabende Mann, für den er allgemein gehalten wurde, und die Auszahlung des schwesterlichen Antheils war ihm bisher unmöglich gewesen.

Auf diesen Umstand hatte Claudine gebaut, wenn sie mit ihrem Gehen drohte, womit sie es nimmer ernst meinte. Matthias hatte stets nachgeben müssen, damit seine Schwester ihn vor den Augen der Welt nicht bloßstellte; denn daß die Drohungen derselben keine leeren Worte waren, wußte er; der Charakter Claudines ließ

vollstänzlich, immer unverhüllter traten da die Interessen der Großbauern, die sich als Schnapsbrenner, Zuckerrißenbauer durch industrielle Profite Ersatz für den sinkenden Ertrag der Getreideproduktion zu schaffen gewußt hatten, in den Vordergrund. Schon im Jahre 1873 hatte die Partei es verstanden, die von allen „wichtiggebenden“ Kreisen heißersehnte Modernisierung der schwedischen Armee mit ihren Steuererleichterungsplänen in engste Verbindung zu bringen, und im Jahre 1885 konnte sie die erste Frucht einer zähen, konsequenten Massenpolitik pflücken: die Regierung bekam eine Stärkung der Armee und den Bauern wurden 30 Prozent ihrer Grundsteuern ohne Weiteres abgeschrieben — und die Kosten für Alles zahlte das Volk! Und sogar ein jauchzendes Volk, dem von den Liberalen noch immer eingeredet wurde, jetzt würden die „Reformen“ an die Reihe kommen.

Das Erwachen war allerdings unerfreulich. Die schutzöllnerische Welle, von Deutschland aus bekanntem Grund ausgegangen, stieg auch in Schweden während der achtziger Jahre immer höher. Die Junker fanden schnell, daß es für sie hier etwas zu verdienen gebe, und sie führten in einigen wenigen Jahren eine durchgreifende „Reinigung“ der ersten Kammer durch, wo alle alten Freundschaften und Gemeinschaften auf dem Altar des allein seligmachenden, reinen schutzöllnerischen Junkerglaubens rücksichtslos geopfert wurden. Damit wurden sie alle unbequemen Intelligenzen und halbwegs anständigen Leute los, die früher der ersten Kammer manchmal etwas Ansehen und staatsmännische Pose gegeben hatten und brachten es glücklich dahin, daß sich die erste Kammer Schwedens der neunziger Jahre rühmen kann, die vorbohrteste, den tieferen Strömungen ihrer Zeit verständnislos und stupid gegenüberstehende Volksvertretung von ganz Europa zu sein. Es war diese erste Kammer, wo der alternde Rittergutsbesitzer, der seine Bildung und politische Erziehung aus seinen Lieutenanzjahren her hat, der Normaltypus ist, die im vorigen Jahre alles Mögliche gethan hat, um Schweden in einen schändlichen, wahnwitzigen selbstmörderischen Krieg gegen das freiheitsliebende norwegische Brudervolk zu stürzen! Es ist diese Kammer von Kraut- und Schlotjunkern, die während der letzten Jahre fast Alleinherrscherin über das schwedische Volk gewesen ist!

Aber nicht nur die Junker, auch die Großbauern fanden die Getreidezölle sehr vorteilhaft. Vergebens zeigten die Wahlen von 1887, daß der weitaus größere Theil sogar der Kleinbauern, geschweige denn der stimmrechtlosen Massen, von einer Brodvertheuerung zu Gunsten der Großgrundbesitzer durchaus nichts wissen wollte. Schon im Jahre 1888 bekamen die Schutzöllner durch unverschämte Wahlburchstechereien eine künstliche Mehrheit auch in der zweiten Kammer; die Partei der Landwirthe, diese letzte Hoffnung aller naiven Liberalen und Demokraten, spaltete sich in zwei ziemlich gleich große Hälften, wovon die eine zwar eine bescheidene Opposition führt, die andere aber offen in das Lager der Reaktion hinüberlief, sich mit den Junkern der ersten Kammer verbündete und die schutzöllnerische Reaktionsperiode, die in Schweden mit dem Spitznamen „das neue System“ benannt wird, einleitete. Statt der ersehnten Reformen bekam das schwedische Volk drückende indirekte Steuern; statt der Erweiterung der politischen Rechte versuchte man im Jahre 1889 die Rede- und Pressefreiheit und besonders die unter den Arbeitern um sich greifende Sozialdemokratie noch mehr zu bedrängen, und als Krönung dieser Reaktion kam im Jahre 1892 die neue Heeresorganisation eine neue Auflage des ersten Kompromisses, wo wieder die Großbauern alle Vortheile einheimsten und das Volk

durch verdoppelte Dienstzeit und Millionen an Ausgaben den Moloch des Militarismus zu sättigen hatte. Und bei diesen Verhandlungen zeigte es sich, daß auch die Mehrzahl der bisher oppositionellen Reichstagsbauern mit sich handeln lasse.

Die Fahnenflucht von den alten vollstänlichen Traditionen der Partei der Landwirthe wurde immer deutlicher, bis endlich die Führer der früheren Opposition im Januar des vorigen Jahres die Zeit für reif hielten, den letzten Schritt zu thun: die Partei zu vereinigen, nicht mehr als eine „Volkspartei“, sondern unverhüllt als Klassenpartei der Großbauern. Unsere parlamentarische Entwicklung während des jetzigen Wahlsystems hat uns also dahin gebracht, daß wir nach dreißigjähriger Arbeit in demokratischer Hinsicht nicht nur keinen Schritt vorwärts gekommen sind, sondern in unserer mächtigen ersten Kammer eine wirkliche „unauffindbare Kammer“ besitzen und die zweite Kammer eine erdrückende Bauernmehrheit aufweist, die sich schrittweise aus einer, wenn auch vielfach konservativen, doch mit Rücksicht auf schwedische Verhältnisse vollstänlichen Partei zu einer schächernden Interessenpartei einer besitzenden Klasse entwickelt, eine Partei, die das letzte Band mit dem arbeitenden Volke zerschneidet hat.

Das sind in knappen Zügen die Verschiebungen, die die neue kapitalistische Entwicklung unter den herrschenden Klassen Schwedens hervorgebracht hat. Die Rückwirkung dieser Ereignisse auf die schwedische Arbeiterbewegung, das immer stärkere Hervortreten der Forderung des allgemeinen Stimmrechtes, die Konzentration aller demokratischen Kräfte in dem ersten „Volksreichstag“ von 1893 und der Verlauf der weiteren Entwicklung der Arbeiter- und Stimmrechtsbewegung bis an die soeben stattgehabten Wahlen für den zweiten Volksreichstag: Alles das ist in Schweden mit Händen zu greifen. Die Ergebnisse dieser Wahlen sind noch nicht bekannt; sie werden uns aber Gelegenheit geben, den Verlauf der schwedischen Arbeiterbewegung, deren Ursachen wir hier dargelegt haben, näher zu besprechen.

Soziales und Partei-Leben.

Eine Untersuchung wegen Aufreizung zum Klassenhaß hat das Magdeburger Landgericht gegen den Vorsitzenden der Arbeiter-Bildungsschule in Berlin, den Schriftsteller Hrn. Heinrich Schulz (Ernst Almsloh) eingeleitet. Es handelt sich um eine in Magdeburg gehaltene Versammlung.

Gegen den Maximalarbeitsstag für Bäckerien hat der Vorstand des Unterverbandes Nordwest der Bäckereinnungen Germania eine Petition an den Bundesrath gerichtet. Die Bäckereibesitzer sind natürlich gegen den Schutz der schmählich ausgebeuteten Gehilfen.

Berlin. Die Meister und Unternehmer in der Konfektionsindustrie Berlins haben in einer Verhandlung mit der Kommission der Arbeiter die Arbeiterforderungen abgelehnt und dadurch gezeigt, daß sie nicht geneigt sind, den berechtigten Forderungen derselben entgegen zu kommen. Am Montag den 3. Februar wird das Resultat dieser Verhandlungen den beteiligten Arbeitern und Arbeiterinnen in zwölf Versammlungen behufs Stellungnahme vorgelegt werden.

Belfast. Die letzten Schwierigkeiten, die der Beilegung des Schiffbauersstreikes entgegenstanden, sind in befriedigender Weise gehoben. Die Arbeit wurde allgemein wieder aufgenommen.

Cuxen. In der Tuchfabrik Sernickel u. Gulcher ist Montag der Betrieb wieder aufgenommen worden. Der

Inhaber der Fabrik hat sich bereit erklärt, die Forderungen der ausständigen Weberinnen zu erfüllen, und gleichzeitig die Erneuerung eines Arbeiterausschusses angeordnet, der für die Folge in strittigen Fragen unmittelbar mit dem Arbeitgeber verhandeln soll. Die Löhne der Weberinnen werden künftig nicht mehr nach dem Stiel, sondern nach der Schußzahl bezahlt, wodurch sich eine Lohnerhöhung von 20 bis 30 Prozent ergibt. Der Lohnzins wird in der Weberei angeschlagen. Zudem wurde einem der zwei Meister, über die die Ausständigen sich beklagten, gekündigt.

Aus Nah und Fern.

London. Aus Tylorstown wird gemeldet, daß bis jetzt 46 Leichen aus der durch die Explosion heimgefluchten Kohlengrube geborgen sind. Neun Verletzte werden noch vermißt; es besteht keine Hoffnung mehr, dieselben noch zu retten.

Sofia. Ein bedauerenswerther Mensch ist der „regierende“ Fürst von Bulgarien, Ferdinand der Koburger. Vor ungefähr zwei Jahren wurde ihm ein Sprößling geboren, welcher in Anbetracht seines Muthes — er will ja in späteren Jahrzehnten die Bulgaren beherrschen — gleich in der Wiege die Tapferkeits-Medaille erhielt. Ferdinand ist römisch-katholischer Konfession, also ließ er auch sein Knäblein nach römisch-katholischem Ritus taufen. Das treue Bulgarenvolk ist aber griechisch-katholisch und verlangte, daß sein zukünftiger Beherrscher in dieser Religion erzogen werde. Um die Wünsche seiner Unterthanen würde Ferdinand sich nun gewiß wenig kümmern; aber im Hintergrunde steht der Zar, und der möchte das Prinzelein gern aus dem griechisch-katholischen Taufwasser heben, wofür er dann Bulgariens und Ferdinands „Freund“ sein will. Das macht die Geschichte für Ferdinand von Koburg sehr verwickelt. Er rechnet so: Thue ich dem Zaren und dem Bulgarenvolk den Willen, so habe ich zwar für den Augenblick von dieser Seite her Ruhe. Aber eines schönen Tages wird man den orthodoxen Sohn gegen den römisch-katholischen Vater ausspielen, und ich kann dann gehen. Auf der anderen Seite steht meine Mutter, die fromme Clementine, welche das Geld hat und einen kaiserlichen Enkel nicht haben will; handle ich ihren Ansichten zuwider, so werden mir die Subsidien entzogen, und womit soll ich mich dann ernähren, ich, der ich kein Handwerk kann und nur das „Regieren“ gelernt habe? Wer weiß, wie lange ich meine jetzige Arbeitsstelle behalte und wo ich eventuell wieder eine finde? In seinen Gewissensnöthen ist nun Ferdinand nach Rom gereist, um dort beim Papste guten Rath und Hülfe zu suchen. Der alte Herr im Vatikan aber ist durchaus nicht gnädig; er soll dem Fürsten die Exkommunikation angedroht haben, wenn er den kleinen Boris umtaufen lasse. Und die Exkommunikation, die andere Leute ja gar nicht schreckt, ist von großer Bedeutung, wenn man auf die Tasche seiner schwerreichen römisch-katholischen Verwandten angewiesen ist. So sitzt denn nun Ferdinand einweilen betäubt in Rom und singt, wenn er es kann, das alte Studentenlied; „Was nützt mir nun mein hoher Thron, mein Szepter, meine Fürstentron?“ Derweil liegt das arme Würmlein Boris in seiner Wiege in Sofia und weiß gar nicht, daß sich die Weltgeschichte um ihn dreht. Wer weiß, ob Ferdinand nicht, ein zweiter Alexander, den gordischen Knoten durchhaut und dem Streit, ob Boris griechisch- oder römisch-katholisch sein soll, dadurch ein Ende macht, daß er das Prinzelein eines Tages zum Rabbiner trägt und beschneiden läßt. Vielleicht zieht er diesen Gedanken in Erwägung.

ihn auf keine Schonung rechnen, wenn er einmal mit ihr gebrochen.

Einen Augenblick stutzte Claudine bei der Eröffnung ihres Bruders, dann verzog sich ihr Gesicht zu einem boshaften Lächeln.

„Du mußt mich für sehr leichtgläubig halten,“ sagte sie, „daß Du mir zutraust, ich werde ein solches Märchen glauben.“

„So überzeuge Dich von der Wahrheit meiner Worte,“ sprach Matthias Fischer ruhig und wendete sich einem altmodischen Schreibschrank zu, welcher einen kleinen polierten Kasten barg, in dem er sein bares Geld aufzubewahren pflegte.

Mit ungläubigen Blicken folgte Claudine den Bewegungen ihres Bruders, welcher das Kästchen öffnete und ihr zur Einsicht bot.

Claudine war starr vor Erstaunen.

Da lagen wirklich in schönster Ordnung die werthvollen Bankheime aufgeschichtet, und nach der Menge derselben konnte die Summe, welche sie repräsentierten, keine geringe sein.

„Überzeuge Dich, daß sie echt sind,“ sprach Matthias Fischer, indem er nachlässig die Fünzig- und Hundertmarkscheine durch seine Finger gleiten ließ.

Claudine hatte keine Worte. In großer Aufregung hob und senkte sich ihr Busen, helle Thränen liefen ihr über die pergamentartigen Wangen herab.

„So willst Du mich also wirklich verstoßen?“ brachte sie endlich mühsam heraus.

„Wer spricht davon? Du hast die Auszahlung Deines Antheils verlangt, um mich verlassen zu können.“

„Bruder, lieber Bruder, vergieb mir,“ schluchzte Claudine und machte eine Bewegung, als wollte sie denselben um den Hals fallen.

Dieser trat einen Schritt seitwärts, um dies zu verhindern; dann verschloß er sorgfältig den Kasten, in welchem das Geld sich befand, stellte denselben an seinen früheren Platz und brachte auch den Schreibschrank wieder in Ordnung.

„Laß uns vernünftig mit einander reden,“ sagte er dann zu seiner Schwester, welche ihre dürren Arme ausgebreitet hielt, um die vereitelte Umarmung dennoch auszuführen.

„Setz dich dort hin und höre mich an,“ sprach Matthias weiter, vorsichtig den Tisch zwischen sich und Claudine bringend.

Diese gehorchte.

„Du hast mir Vorwürfe gemacht über meine Verblendung,“ sprach Matthias nach einer Pause, „welche mich beinahe einem Mädchen in die Arme geführt hätte, die nicht würdig ist, dieses Haus zu betreten.“

Claudine horchte überrascht auf bei dieser unerwarteten Einleitung.

„Deine Vorwürfe waren gerecht,“ fuhr Matthias fort; „ich sehe es ein und danke Dir sogar dafür, daß Du das Deinige thatest, mich zu schützen vor großem Unheil.“

„So hast Du also endlich ein Einsehen,“ sprach Claudine mit freudestrahlendem Antlitz; „so willst Du lassen von jenem Mädchen —“

„Nie wird die Tochter eines Mörders die Frau Matthias Fischers werden!“ unterbrach dieser die Rede seiner Schwester.

„So weißt Du also schon —?“

„Ich hörte es bereits im Hofe, daß der alte Hans verhaftet ist; doch schon gestern wußte ich, daß er der Mörder war, ich und diejenigen Männer, welche dem Schulzen als Zeugen dienten.“

Er erzählte der aufmerksam lauschenden Claudine von der Auffindung des Weites, welches durch die eingebrannten Zeichen am Stiel sofort den Verdacht auf Hans Mirdorf geleitet hatte.

„Daß ich unter diesen Umständen mein Haus nicht mehr betreten werde, ist selbstverständlich,“ fuhr er dann fort; „ich würde sonst einen Makel auf meinen Namen werfen. Uebrigens war es zwischen mir und dem Mädchen noch zu keiner Erklärung gekommen, obwohl ich mit dem Vater derselben andeutungsweise über diesen Gegenstand sprach.“

Er schwieg nach diesen Worten und starrte vor sich nieder, als ob ein drückender Gedanke ihn beschäftigte. Claudine sah forschend auf den schweigenden Mann.

Nach einer Weile schreckte dieser wie aus einem Traum empor, mit der Hand fuhr er über die sorgenvolle Stirn, ein schwerer Seufzer entwand sich seiner Brust.

(Fortsetzung folgt.)

Litterarisches.

Das Recht und die Rechtshülfe des Handlungsgehilfen betitelt sich ein kleines Schriftchen, welches im Selbstverlage des Verfassers R. Lipinski in Leipzig, Königsplatz 2, erschienen ist. In demselben wird in anschaulicher Weise die Mißere geschildert, in der sich die Handlungsgehilfen im Allgemeinen und besonders in Bezug auf ihre rechtliche Stellung dem Prinzipal gegenüber befinden. Um diese Schilberungen knüpfen sich eine Anzahl Vorschläge zur Verbesserung, mit denen wir uns vollkommen einverstanden erklären können. Wir können die Anschaffung des kleinen Heftchens jedem Handlungsgehilfen um so mehr empfehlen, als der Verfasser bei der Behandlung seines Themas die jetzt bestehenden einschlägigen Rechtsbestimmungen so eingehend erörtert hat, daß jeder Handlungsgehilfe vorkommenden Falles die nöthige Rechtsbelehrung daraus schöpfen und sich vor Anstrengung aussichtsloser Prozesse hüten kann.